

Bauarbeiter-Zeitung

Tageszeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Gefktion der Kommunistischen Internationale) Bezirk Ost Sachsen

Dresden jeden Werktag nachmittags. ★ Besuchspreis halbjährlich bei uns zu Haus 1 Mark; monatlich 2 Mark; durch die Post bezogen 1 Mark (monatlich 2 Mark) ohne Versandgebühre einschließlich der Beilagen. Der kommunistische Gewerkschaften. Der kommunistische Gewerkschaften. Die Kommunisten. Folge der illustrierten Beilage „Das rote Blatt“ ★ Verlag und Geschäftshaus: Dresden-L., Güterbahnhofstraße 2, I. Betriebspreis: 17.200. ★ Redaktion: Dresden-L., Güterbahnhofstraße 2, I. Schreibzettel der Redaktion: täglich nachmittags von 15 bis 16 Uhr. Sonntags von 15 bis 16 Uhr. ★ Postleitzahl Nr. 13 für Dresden, Emil Schlegel. ★ Anzeigenpreis: 10 Goldmark für die neuen und geballten Konservenwaren. 20 Goldmark für die Konservenwaren. 30 Goldmark für die Konservenwaren am nächsten Tag vorher bis 1 Uhr nachmittags ertheilt.

1. Jahrgang

Donnerstag, 14. Mai 1925

Nummer 35

Generalstreik der Bauarbeiter im Rheinland

Eben, 13. Mai. (Dienstag.) Nach Mitteilung der Bauarbeiterorganisationen Rheinland und Westfalen wird der allgemeine Streik im Baugewerbe von Mittwoch abend an auf Barmen, Elberfeld, Köln, Düsseldorf, Solingen und Bochum teil. von Donnerstag abend an auf Essen, Dortmund, Gelsenkirchen, Mülheim-Kaer, Duisburg, Witten, Hagen und Münster ausgehend werden. Als Streitursache wird Ablehnung des durch den staatlichen Schlichter gefällten Schiedspruches durch die Unternehmer des Baugewerbes angegeben. In allen anderen Orten des rheinisch-westfälischen Gebietes wird die Arbeit einzweilen fortgelebt. Gesfordert werden 1,20 Mark Stundensatz an der Spitze.

Düsseldorf, 14. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Die Bauunternehmer haben den Schiedspruch für das Baugewerbe abgelehnt. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer haben die Verbindlichkeitserklärung des Schiedspruches beantragt, anstatt ihn als vollkommen ungenügend abzulehnen. Die rheinisch-westfälischen Bauarbeiter, die die Profiteuren des zentralistischen Reichsarbeitsministers Brauns und der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer nur zu gut kennen, haben in verschiedenen Orten und in Versammlungen Stellung genommen und fordern Proklamation des Bauarbeiterstreiks über ganz Rheinland-Westfalen zur Durchsetzung ihrer Lohn- und Arbeitszeitforderungen. Angekündigt der guten Bauplanung und der großen Nachfrage nach Bauarbeitern ist der Erfolg eines Streites gesichert.

Der Bauarbeiterverband, der Baugewerbeverbund und der christliche Bauarbeiterverband haben am Montag zur Situation Stellung genommen und beschlossen, ob Donnerstag, den 14. Mai in Dortmund, Eben, Duisburg, Düsseldorf, Köln, Elberfeld, Barmen und einigen anderen Orten in Rheinland-Westfalen in den Streik zu treten. Die Besitzschaftung des Betriebes der ausgeschlossenen Bauarbeiter Rheinland-Westfalen hat einen Nutzen an die Bauarbeiter erlassen, in dem sie sich bereit erklärt, den Streik in allen Orten zu unterstützen, aber gleichzeitig fordert sie die Bauarbeiter auf, nicht nur in den genannten Orten zu streiken, sondern den Streik für ganz Rheinland-Westfalen allgemein zu machen und die Forderungen über den Schiedspruch hinaus zu erweitern und zwar für einen Stundensatz von 1,20 Mark, den Schichtensatz. Bezahlung der Regentage, 6 Tage Ferien.

Witten, 14. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Folge Lohn- und Tarifdifferenzen haben die Oden- und Martinmauerer des Bochumer Vereins, Unterabteilung Walzwerk Hentzschel ab Montag die Arbeit eingestellt.

Zwei Proklamationen des Reichspräsidenten

An das „deutsche Volk“ und an die „Wehrmacht“.

Am Tage seines Amtsantritts hat Hindenburg zwei Kundgebungen erlassen. Eine Kundgebung an das deutsche Volk und eine an die Wehrmacht. Es ist wohl überflüssig zu logen, daß diese Kundgebungen in ihrem Inhalte nicht über das Niveau wilhelminischer Fehlreden hinausgehen. Die Kundgebung an das deutsche Volk ist eine Mutterrede, die alle Arbeitnehmer anmeint berichtet: Achtunderttag, Lohn erhöhung, Rechte der Betriebsräte, Sozialpolitik, Besteigung der Steuerlasten; das alles sind Fragen, die in der Proklamation Hindenburgs nicht einmal angedeutet sind. Das Verstehen dieser Fragen zeigt deutlich, daß Hindenburg in vielen Dingen widerstandlos den Forderungen der Schwerindustrie und Tigratet nachgibt. Natürlich wird in dem Aufruf die Erfüllungspolitik vertreten und der Entente gegenüber die Durchführung des Dawespaktes garantiert. Mit vollen Segeln schwimmt Hindenburg im schwächeren der kapitalistischen Erfüllungspolitik. Dem Hindenburgschen muß die Arbeiterschaft ihren Kampf gegen den Dawespakt und gegen den Monarchismus entgegenstellen.

Der Aufruf Hindenburgs an die Wehrmacht erinnert an einen Armeebefehl ähnlich des Geburtsstages des „Obersten Kriegsgegners“ vor 1914. Er lädt erscheinen, daß der bisherige nationalistische Kurs in der Reichswehr mit verstärkter Kraft weitergeführt werden wird. Der unvermeidliche Demokrat Göring hat neben Hindenburg diesen Aufruf unterzeichnet.

Der Dank Hindenburgs an Ebert

Nach der Vereidigung Hindenburgs im Reichstage fand im Reichspräsidentenpalais ein Frühstück statt, an dem die Regierung, die Heeres- und Marinelleitung sowie der Sozialdemokrat Löwe teilnahmen. Auf eine Begrüßungsrede des bisherigen Stellvertreters des Reichspräsidenten, Dr. Simons, antwortete Hindenburg:

„Es ist nicht meines Unrechts, das Wirken meines durch frühen und unerwarteten Todes aus meiner Arbeit gerissen. Diese Herren Amtsvorgänger zu kennzeichnen und zu werben. Diese Ausgabe hat Herr Reichsangler Dr. Buhler an der Bühne des heimgegangenen erfüllt. Unbestritten ist sein Verdienst um Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung in Deutschland nach dem Zusammenbruch unseres Volkes. Das wird jederzeit dankbar im deutschen Volke auch von seinen politischen Gegnern anerkannt werden. Sein Streben war immer darauf gerichtet, dem deutschen Volke treu zu dienen.“

In Hannover verabschiedete Rosse den Kaiserlichen General und bringt das erste Hoch auf ihn aus. In Berlin wird der Generalfeldmarschall Wilhelm II. vom Sozialdemokraten Löwe begrüßt und verehrt. Was ist natürlicher, als

dass Hindenburg bei so viel Liebedienerei der sozialdemokratischen Führer zu ihm der Polizeidienstliche Art Ebert für die deutsche Bourgeoisie gebietet? Aus den Worten Hindenburgs spricht deutlich das Bewußtsein, daß die sozialdemokratischen Führer für die monarchistische Restauration in Deutschland gesetzt haben, was sie nur eigentlich tun konnten. Die Arbeiterschaft soll sich viele erneute Festeile aus dem Mund Hindenburgs, daß die Sozialdemokratie die Wegbereiterin der Monarchie ist, gut merken. Es muß dafür Sorge getragen werden, daß diese Erkenntnis des Generals allen sozialdemokratischen Arbeitern bekannt wird.

Die erste Aufgabe des Reichstages

Hindenburgs Gehalt muß aufgehobert werden.
In der deutschnationalen Halleischen Zeitung finden wir folgende Notiz:

Auf jeden Fall sollte es eine der ersten Aufgaben des Reichstages sein, dem Reichschaudhaupt diejenigen Beziehe zu gewähren, die für eine würdige Repräsentation notwendig sind. Während der Präsident der Vereinigten Staaten seit 1906 75 000 Dollar Gehalt und 25 000 Dollar Reisekosten besitzt, gewährt die französische Republik ihrem Staatschef ein Jahresgehalt von einer Million Goldfrancs. Hierzu kommt, wie auch beim Reichspräsidenten und dem Präsidenten der Union, ein völlig eingerichteter Palast mit Wohnung, Beleuchtung und entsprechender Diensteskraft. Die harten Beziehe des deutschen Reichschaudhauptes belauschen sich dagegen nur auf 30 000 M., eine Summe, die viel zu gering ist, um den repräsentativen Verpflichtungen genügen zu können, die das Oberhaupt eines Staates von dreihundertzig Millionen im Interesse ihres Ansehens und ihrer Würde erfüllen muß.

Raum also haben die deutschnationalen ihre Vertreter, leute in die geeigneten Stellen gebracht, da fangen sie an zu plaudern, daß die Regierungskräfte zu wenig Gehalt bezahlen. Vor Tische las man anders. Vor Tische las man vor den enormen Gehältern, die die demokratischen und sozialdemokratischen Beamten bezogen. Heute sind diese Summen viel zu gering und das Volk soll noch mehr an Steuern zahlen, für die hohen Regierungsfunktionäre, wie es schon bezahlt hat. Schmierige Gesellschaft.

Dawes, Hindenburg und die Reichsbahn

Berlin, 14. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Unter den ersten feierlichen Empfängen beim Feldmarschall-Präsidenten ist der wichtigste der der Hauptverwaltung der damaligen Reichsbahn. Dieser Stellvertreter, Staatssekretär Stielke hat Hindenburg über die Dawes-Pflichtungen der Eisenbahn, d. h. über die verdoppelte Ausdehnung der Eisenbahnen, einen langen Vortrag gehalten. Hindenburg, der Popanz der nationalistischen Kleinbürger, hat im Sinne des Generals Dawes erwidert: „Sie sollen die Aufgabe erfüllen, große Erringe zur Erfüllung unserer internationalen Verpflichtungen heranzutragen. Ich vertraue darauf, daß es Ihnen gelingen wird, trotz aller Schwierigkeiten dieser Forderung gerecht zu werden.“ Für die ausgereckten Eisenbahnarbeiter ist dieser wirtschaftliche „Armeefehl“ des Generals sehr aufschlußreich.

Die Tat der SPD.

Hindenburg hat im Reichstag den Eid geleistet. Der Sinn der Weimarer Verfassung ist damit erfüllt.

Es lohnt sich, heute den Gang der Geschichte nochmals zu überdenken. Die Arbeiterschaft muss lernen.

Wir verlangen das nicht deswegen, weil der ADGB Hunderttausende von Postkarten auf den Schultern Thälmanns — diesen Dingen mag der eine oder andere auf den Leim gehen, innerlich kann niemand glauben. Außerdem vielleicht dem Schrift der „Wolfszeitung“, der mit der Beharrlichkeit des provinzialen Spikers bei jedem Berrat seiner Partei unsere Schuld feststellt. Die Arbeiterschaft muß lernen, weil es ihr ernst ist mit der Umkehr, mit der Mobilisation aller Kräfte gegen den Feind, weil sie jetzt entschieden gewillt ist, die richtigen Schlüsse zu ziehen und neuen Berrat zu verhindern.

Hindenburg ist die Tat der SPD!

Nicht nur deswegen, weil Heilmann zum Hindenburg ging. Auch nicht aus dem Grunde allein, weil am 4. August die sozialdemokratische Reichstagsfraktion die Kriegsredite zu bewilligen beschlossen hat, die SPD ist im Augenblick Hindenburgs Verbündete geworden, als sie, vom Kapital immer undurchdringlicher umspannen, aufgehört hat, eine Partei des Proletariats zu sein und begonnen hat, eine Partei der Bourgeoisie zu werden.

Nicht am 9. November beginnt erst der Berrat der Sozialdemokraten an der Arbeiterschaft. Er begann schon zu Bebels Zeiten, wo der leute proletarische Führer der SPD geführt hat, daß ihm die Partei zu entgleiten begann, aber keinen Weg zu finden wußte, um das Unheil zu verhindern. Das Welen der neuen Imperialistischen Epoche blieb Bebel verschlossen, er wußte darüber nicht, daß es in dieser Periode innerhalb des Proletariats zwei Arbeiterparteien geben muß, die eine der Bourgeoisie, die andere der Arbeiterschaft. Die Bollshewi'sti konnten ihre bürgerliche Revolution in die sozialistische überleiten nicht zuletzt deswegen, weil sie sich schon 1903 von der Arbeiterpartei der Bourgeoisie trennt haben und zur ausschließlichen Vertreterin der proletarischen Klasse geworden sind.

Die Tat der SPD, die Hindenburg gezeigt hat, steht am Beginn des deutschen Imperialismus. Die markantesten Stufen dieser Entwicklung sind freilich die Jahre 1914 und der November 1918. Das muß jeder Prolet wissen.

In der Tat: Konnte man den Krieg besiegen, ohne einen Hindenburg zu zeugen? Wer führt den Krieg? In welchen Händen vereinigen sich dann alle Machtmittel? Die Macht des Militärs ist im Kriege der konzentrierte Ausdruck der Herrschaft der Bourgeoisie. Der von der SPD begrüßt und bewilligte Krieg zeugt Hindenburg.

Und 1918? Die Republik konnte nur durch die Herrschaft des Proletariats geschaffen werden. Waren die Voraussetzungen dafür gegeben? Natürlich. Nicht nur das Proletariat war kämpfswillig, selbst breite Massen des Kleinbürgertums waren bereit, mitzukämpfen. Aber was tat die SPD? Sie lief nach Weimar zu den Demokraten und dem Zentrum und ließ in ihrer Zwischenzeit überall die Arbeiterschaften niedertrüpiert. Man überlege: wenn die Arbeiters- und Soldatenräte wirklich an der Macht gewesen wären, wenn an der Spitze der Kämpfe eine proletarische Arbeiterpartei und nicht eine bürgerliche gestanden hätte, wäre dann ein Rapp, ein Seestadt, ein Hindenburg möglich gewesen?

Hindenburg ist die Tat der SPD. — keine noch so dicke aufgetragene Trüderchwärze kann das verwischen.

Das muß die Arbeiterschaft lernen.

Unsere Partei wird dieses Lernen der Arbeiterschaft leichter machen. Die Bedeutung der letzten Tagung unseres Zentralausschusses liegt darin, daß wir geschickter, manngünstiger und häufiger den sozialdemokratischen Arbeitern den Berrat ihrer Führer beweisen werden. Die sozialdemokratischen Zuhörer der Bourgeoisie beginnen darüber schon jetzt zu heulen. Verständnislos, wie sie nun einmal jeder revolutionären Taktik gegenüberstehen, beginnen sie ein Gedicht, wie meinten es nicht Ernst? „Die Ochsen! Wie meinen es ichon ernst. Den SPD-Arbeitern und ihren Führern gegenüber. Die ersten wollen wir gewinnen, die anderen dorthin treiben, wohin sie gehören: zur Bourgeoisie und zu den Weißbanditen.“

Wir werden jetzt an unsere sozialdemokratischen Arbeitskollegen herangehen, und wir werden sie sicher gewinnen. Die schwartz-roten Zahn, die heute über vielen Fabriken gehangen haben, kündeten besser denn ganz lange Geschichte die Taten der Sozialdemokratie. In Rußland wehen rote Fahnen. Weil dort die Menschen geschlagen, vertrieben und ermordet wurden. In acht Monaten ist dort dieses Werk vollbracht worden. In Deutschland muß sich darum die Arbeiterschaft bereits sehen. Zähre. Aber die Stunde beginnt für die Verräter zu schlagen.

Zähre lebt eine starke, sturmreiche Arbeiterpartei, die KPD. Ihr Banner steht, darum ist unser Sieg gewiß!

Neue gewaltige Massenentlassungen bei der Dawesbahn

Berlin, 16. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) In ihrer Sitzung am Dienstag hat die Hauptverwaltung der Dawespläne beschlossen, daß einige Dienststellen unverzüglich zu unterlaufen sind, ob und wieviel Arbeiter entlassen werden können. 30 000 jüngeren Beamten soll das Beamtenrecht gerächt und als Arbeiter weiter beschäftigt werden, dafür sollen 30 000 Arbeiter entlassen werden.

Der Sturm der Dawesianierung will kein Ende nehmen. Auf Kosten der deutschen Arbeiter soll die kapitalistische Wirtschaft wieder aufgebaut werden. Verlängerte Arbeitszeit für die von der Entlassung verschont Bleibenden wird die Folge sein. Die herausgeworfenen werden als Lohnbrüder ausgespielt werden — die Unschärheit des Eisenbahnbetriebes, der erst neuerdings im politischen Korridor zu einer gewaltigen Eisenbahnkatastrophe führte, das werden die Folgen der neuen Ubaumaßnahme sein. Und das alles nennt man Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft, auch der letzte Arbeiter wird nunmehr erkennen, daß nur die Kommunisten mit der Ablehnung dieses Käuberplanes die Interessen der Arbeiter vertreten haben.

Pferderennen — die erste Sorge Hindenburgs

Die bürgerliche Presse meldet als erste Veranstaltung, an der Hindenburg nach seinem Amtsantritt teilnehmen wird, die Teilnahme Hindenburgs am Pferderennen in Hannover am 21. Mai. Der Sieger dieses Rennens erhält den Preis persönlich von Hindenburg überreicht. Hindenburg ist sich als einer Pflichten gegenüber den feudalen Rennhalbsiegern sehr wohl bewußt.

Keine Räumung der Kölner Zone

Paris, 13. Mai. (Amts. d. Zeit.) Der "Molin" bringt in einer zweiten Morgenausgabe einen ausschneidenden Artikel über die Atomwürfe der französischen Regierung. Er schreibt: Frankreich und England leiten sich einig gemordert, in der Kontrollzone die minder wichtigen Verhältnisse Deutschlands beiseite zu lassen, um umso größeres Gewicht auf die auszuhöhlenden Vorstöße zu legen. Da Deutschland längere Zeit braucht, um alle diese Vorstöße abzuwehren, sei es unwahrscheinlich, daß sie noch in diesem Jahre erfüllt werden könne, es sei denn, daß die Reichsregierung einen „ganz außergewöhnlich guten Willen“ an den Tag lege.

Die SPD. eine Partei ruhiger Bürger

Das Urteil der Linkspresse über die SPD.

In der "D. A. Z." begrüßt Paul Lenz der einziehenden Hindenburg und stellt dabei fest, daß auch die Sozialdemokratie eine Stütze des Hindenburg-Staates ist. Die "D. A. Z." beschäftigt sich mit den Umwandlungen, die in Deutschland sich vollzogen haben, und schreibt dazu:

„Solchen Umwandlungsprojekten können wir in Deutschland besonders seit dem Zusammenbruch konstatieren, und wer zurückblickt, der muß zugeben, daß die Wandlung überraschend groß ist. Am deutlichsten ist sie an den beiden einzigen Flügelparteien, den Konservativen und den Sozialdemokraten. Beide haben eine totale Aenderung in ihrer politischen Position erfahren. Die eine kam von der Revolution her und führt sich in schwerster Kampffeststellung zur bestehenden Gesellschaftsordnung und zum Staate. Die andere konnte von der Welt nicht viel mehr als diesen Staat, der ihr in seiner Armee und seiner Verwaltung gehörte. Der Zusammenbruch entricht mit einem Schlag den Konservativen ihre politische Allmacht und warf sie den Sozialdemokraten in den Schoß.“

Seitdem ist die Sozialdemokratie immer mehr eine Partei ruhiger Staatsbürger geworden, die just seit dem Beginn der revolutionären Entwicklung von 1918 dem Gedanken der Revolution den Abstand gegeben hat. Doch mag sie nicht, zu erscheinen, was sie ist. Immer noch droht es über das Reichsland: Revolution, Klassenkampf, Kampf gegen Monarchie und Militarismus, wie einst in den Zeiten des Kaiserreiches. Aber alle diese Dinge sind verschwunden, und die Sozialdemokratie steht mit der alten Ideologie einer unterdrückten Klasse heute als Stütze der bürgerlichen Gesellschaftsordnung da.

Ihre Führer sind in den maßgebenden Stellen der Reichs- und Staatsverwaltung. Sie haben auf die alte rote Fahne verzichtet und sind zu den klein- und reichsbürgerlichen schwartzroten Farben auch als Partei übergegangen. Sie sind jetzt eine Partei wie jede andere.“

Arbeiter, so urteilen die Großkapitalisten über die SPD. Die Wandlung ist in der Tat ungeheuer groß. Aus der Partei August Bebels und Wilhelm Liebknechts hat eine korrupte und verbürgertliche Führerschaft eine Stütze der bürgerlichen Gesellschaftsordnung, eine Stütze des Hindenburgstaates gemacht. Eine Partei, wie jede andere bürgerliche Partei, — so hellen die Linkspresse schmunzelnd fest. Wollen die Täufende ehrlicher Arbeiter, die noch heute in der SPD. sind, in einer Partei der bürgerlichen Gesellschaftsordnung bleiben? Das können sie nicht wollen. Die Arbeiter, die den wahren Charakter der SPD. noch nicht erkannt haben — das Urteil der großkapitalistischen Presse wird ihnen die Augen öffnen und dazu beitragen, daß sie zur roten Front, zur roten Fahne zurückkehren, d. h. praktisch, daß sie innerhalb der SPD. die Arbeitersopposition organisieren und geschlossen in die KPD. überführen.

Parteitag der SPD.

Wie die sozialdemokratische Presse mitteilt, soll der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie im September noch Heidelberg einberufen werden. Vor dem deutschen Parteitag findet voraussichtlich im August in Frankreich der nächste Kongress der 2. Internationale statt. Die oppositionelle sozialdemokratische Presse richtet an den Parteitag vorland die Forderung nach Einberufung des deutschen Reichstagessitzes vor dem internationalen Sozialisten-Kongress und Behandlung der Fragen des Internationalen Kongresses als besonderen Tagesordnungspunkt auf dem deutschen Parteitag.

Steuerfragen u. Gefangenenbarbarei in Preußen

Im preußischen Landtag hielt der Finanzminister Höptner zur Einbringung des Staats eine zweistündige Rede, in der er die einzelnen Steuerpläne und Steuer„reformen“ der Koalitionsregierung darlegte. Seine Ausführungen gipfelten darin, daß die Bewegungsfreiheit für Steuern der Länder und Kommunen vom Reich außerordentlich eingeschränkt seien und daß andererseits gerade der preußische Staat um große Einnahmen durch die Gründung der Reichsbahn gekommen sei. Der demokratische Finanzminister hoffte sich das Wohlwollen der rechten Seite des Hauses zu sichern, indem er ankündigte, daß der Besitz nach Möglichkeit noch weiter geschränkt und an den volkseindlichen Steuern nichts geprägt werden würde. Er mußte zugestehen, daß der preußische Staat außerordentliche Aufwendungen für die Polizei machen muß. Dabei entklappte ihm das Geheimnis, daß diese Aufwendungen im Interesse der Durchführung des Dawesplanes notwendig seien. Die Aussprache wird am Dienstag erfolgen.

Das Haus trat sodann in die Beratung einiger kleinerer Vorlagen ein.

Ein Antrag der Regierungskoalition, die bereits im Februar dieses Jahres jülige Neuwahl zu Brandenburg-Land und Kreisräten oberhalb über den inzwischen festgesetzten Termin zum 1. Juli um weitere fünf Monate zu verschieben, mußte infolge zweimaliger Beschlusshemmung des Hauses nach der heutigen Tagesordnung abgesetzt werden.

Sodann erstattete der Sozialdemokrat Gehrmann einen Bericht über die Zustände in dem Festungsgefängnis Gollnow. Der Antrag war eine kommunistische Interpellation gewesen, die sich auf die Polizeiwerke dort inhaftierter politischer Gefangenen stützte. Der Sozialdemokrat hatte die Stimme, die Zustände in Gollnow als durchaus in Ordnung befunden hinzustellen und es so darzustellen, als wenn die Gefangenen nicht den geringsten Anlaß zu irgendwelchen Klagen hätten. Lediglich über das Kürzen des Essens bei von einigen Gefangenen Polizeiwerke er hoben. (Gelächter bei den Kommunisten.)

Genosse Pieck knöpfte sich diese „objektive“ Berichterstattung gründlich vor. Zunächst nörgelte er die Art und Weise fest, wie sich der sozialdemokratische Redner über den „Zustrom“ in Gollnow lustig gemacht hat. Der kommunistische Redner brachte die Tortur der Festungsgefangenen durch die preußische Justiz, die die wenigen Freiheiten, Urlaub usw., gerade in Gollnow den Gefangenen vollkommen illusorisch macht. Im Gegensatz zu dieser Behandlung stand die des Kapp-Rebellen Jagow, der in seiner überzilligen Zelle untergebracht war, und für dessen Behaglichkeit von der Gefangenensverwaltung anders gesorgt war als für die der kommunistischen Festungsgefangenen. Ein volksportlicher Abgeordneter kam dem sozialdemokratischen Berichterstatter zu Hilfe und lachte Genosse Pieck zu prenzieren, indem er es so darstellte, als wenn die kommunistischen Abgeordneten die Zustände in den Gefängnissen übertrieben. Die Deutschnationalen riefen: Sehen Sie auf Sowjet-Russland und berieben sich zur Begründung der Zustigzustände in Deutschland auf angebliche Gefangenensbarbarien in Sowjet-Russland, wie sie durch den „Vormärz“ geschaffen worden waren. Der Genosse Pieck erklärte den Unterschied einmal der sowjetischen und der deutschen Justiz, schilderte auch die Art der Gefangenenzbehandlung, die keinesfalls kommunistenfreundliche Berichterstattung ebenfalls in Russland festgestellt haben.

Genosse Poul Hoffmann charakterisierte danach den sozialdemokratischen Berichterstatter, der bei einer Besichtigung des Justizhauses von Königsberg von 100 Beschwerden nur 11 in den Rahmen der Untersuchung einbezog und nachdem lediglich drei Gefangene vernommen waren, erklärte: „Nun ist es genug, wir haben keine Zeit mehr“. Statt dessen befürchtete der Sozialdemokrat Gehrmann mit einem anderen sozialdemokratischen Abgeordneten die Schmeichelacht des Justizhauses.

Der kommunistische Antrag auf Grund der Beschwerde, die Bestrafung der Schuldigen herbeizuführen, wurde von der gemeinsamen Front von Sozialdemokraten bis Deutschnationalen abgelehnt.

Die unversöhnliche Schuld der republikanischen Parteien

In der Leni-Korrespondenz schreibt der Sozialdemokrat B. M. Huber einen Artikel, dem wir folgende Sage entnehmen:

„Eine Resolution wird nicht durchgeführt, damit eine neue Verfassung auf weißem Papier gebrochen werden, sondern ihr Sinn ist, Millionen von Menschen zu bestrafen. Die deutsche Revolution aber, statt Massen von Betriedigten zu schaffen, hat eine riesige Unbedeutiger entstehen lassen. Die Parteien, die den Volkslosen bilden, haben seit den ersten Wahlen in der Ära der Republik etwa neun Millionen Stimmen verloren, die rechten Gegner der Weimarer Koalition in einigen Jahren zehn Millionen Stimmen gewonnen.“

17 Millionen an Barmat und Antisler verloren

Berlin, 14. Mai. Neben die Bilanz der Preußischen Sozialdemokratie, deren Bedeutung in Kürze erfolgen wird, weist die „Börsenzeitung“ mitzuteilen, daß die Forderungen von Barmat und Antisler als ungedeckte Schulden mit 17 Millionen Reichsmark verbracht seien, denen außer dem Kapital von zehn Millionen Reichsmark die Reserven von drei Millionen und aus dem laufenden Geschäft herührender Gewinne im Jahre 1923 von 4,7 Millionen Reichsmark gegenüberstehen.

Das heißt der Preußische Staat hat an den beiden Schiebern 17 Millionen Mark verloren.

Barmat in der goldenen Schieberfreiheit

Berlin, 14. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Zout gerichtlicher Entscheidung ist jetzt Julius Barmat aus der Haft entlassen; er soll eine Kavution von 200 000 Mark stellen; für ihn eine kleine „produktive“ Ausgabe!

Dr. Thiele einstweilen „beurlaubt“

Berlin, 14. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Wie die Aktenpresse mitteilt, ist jetzt der Medizinalrat Dr. Thiele, der Arzt des Unterforschungsgefängnisses Moabit, vorläufig auf sechs Wochen beurlaubt worden. Diese Beurlaubung ist die erste Wirkung der schrecklichen Entthüllungen im Fall Hösle. Thiele ist der Mann, von dessen ärztlich-amtlichen Gutachten nicht nur der Tod des Exministers Hösle, sondern vor allem das dreifache Todesurteil des Staatsgerichtshofes im großen Spiegelprozeß beruht.

Pöhner von faschistischer Feme ermordet?

München, 14. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Die Gerüchte, daß der frühere Faschist und Polizeipräsident, der später von den Nationalen zu den Deutschnationalen übergetreten ist, in Wirklichkeit nicht durch einen Autounfall ums Leben gekommen, sondern völkischen Gemordter zum Opfer gefallen sei, verdichten sich immer mehr. Die Affäre ist bereits juristischen Händen übergeben worden. Die Witwe Pöhner, die mit dem Leben davon gekommen ist, liegt bereits durch Telelographenagenten erkläre, daß genau ihren eigenen Wahrnehmungen nur ein verbrecherischer Anschlag in Betracht kommen könne. Sie verlangt Feststellung der Täter, Mörder und Mitwirker durch die Staatsanwaltschaft. Die Erklärung der Witwe Pöhner kann nur als eine vollkommene Bestätigung der Gerüchte aufgefaßt werden; die amtlichen Stellen haben seither nur ausweichende Dementis gegeben. Es muß daran erinnert werden, daß Pöhner eine Autofahrt auf Einladung und im Automobil des völkischen Oberleutnants Krieger gemacht hat.

Neues Blüten der Klassenjustiz

Leipzig, 13. Mai. (Tel.-U.) Heute hatten sich vor dem Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik Kommunisten aus Württemberg wegen Hochverrats und Sprengstoffvergehen zu verantworten. Angeklagt waren der Dreher Richard Bechtle aus Freudenstadt und 4 Genossen. Sie sollen im November 1923 große Mengen Sprengstoff gestohlen und zur Ansetzung von Handgranaten verwendet haben. Dem Mitangeklagten Speiser wurde außerdem der Diebstahl zweier Maschinengewehre zur Last gelegt. Richard und Wilhelm Bechtle erhielten je drei Jahre Gefängnis und 300 Mark Geldstrafe. Schützehelm ein Jahr Gefängnis und 100 Mark Geldstrafe. Speiser und Heinrich Bechtle je sechs Monate Gefängnis und 300 Mark Geldstrafe.

Ergebnis der Betriebsrätewahl

Düsseldorf, 14. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) 9196 Stimmen, 5 Mandate (früher 3), Kreis Elberfeld-Rösrath (KEB) 3779 Stimmen, 3 Mandate (6), GDE 151 Stimmen, 1 Mandate (2), KEB 535 Stimmen, kein Mandat (wie vorher).

Direktionsbezirk Elberfeld-Köln. KEB 1586 Stimmen, 9 Mandate (9), KEB 265 Stimmen, kein Mandat (wie vorher), GDE 1222 Stimmen, 4 Mandate (3), KEB 1417 Stimmen, 2 Mandate (3).

Kommunistischer Vormarsch bei den Eisenbahnbetriebsrätewahlen

Oppeln, 14. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) In der Eisenbahnwirtschaft Oppeln entfielen bei der Betriebsrätewahl auf die Listen des Deutschen Eisenbahnerverbandes 1 Sitz, des Allgemeinen Eisenbahnerverbandes 2 Sitz, der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner (christlich) 1 Sitz, auf die Liste der Gewerkschaftseinheit 7 Sitz. Auf der Liste der Gewerkschaftsteilnehmer nur Kommunisten; dabei hat der Abbau ausschließlich kommunistische und impariellere Kollegen betroffen. Die Sozialdemokraten haben von ihren zwei Sätzen des Vorjahres einen verloren.

Überschreitung der Friedensmiete

Die erste Überschreitung der Friedensmiete hat Württemberg vorgenommen. Die gesetzliche Miete für gewerbliche Räume ist dort auf 110 Prozent der Friedensmiete festgesetzt.

Antibolschewistische Verhandlungen der Diplomaten

Paris, 14. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Der bulgarische Außenminister Gallouz hat in Paris mit dem Außenminister des Bündnisses Briony über die kommunistische Gefahr und über die Blockbildung gegen die Sowjetmacht verhandelt. Unmittelbar vorher hatte der Montojs-Minister dieselben Verhandlungen in Belgrad gepflogen. Der jugoslawische Minister Rintschitsch testet sich auch in französischen Imperialistenblättern für den weisigardistischen Balkanbund ein.

Bom Sowjetkongress

Moskau, 12. Mai. (Kult. Teleg. Agentur)

Der allrussische Sowjetkongress bestätigte den neuen Wortlaut der Verfassung Sowjetrusslands mit den Änderungen, die aus den gegenwärtigen wirtschaftlichen Bedingungen zu erklären sind. Er nahm das Auscheiden der Republiken der Turkmene und Usbeken aus Sowjetrussland zur Kenntnis. Diese Republiken werden auf dem morgigen zu eröffnenden Sowjetkongress der gesamten Sowjetunion ihren Wunsch erklären, unmittelbar dem Bund der Sowjetunion beizutreten. Der Kongress wählt eine Vertreterlegislative aus 200 Mitgliedern, unter denen sich Stalin, Koltchin, Stoljin, Sinowjew, Tschki und Tomski befinden. Etwa 30 Prozent der Mitglieder der Executive sind Bayern-delegierte.

Der russische Tscherwonez als Zahlungsmittel in Deutschland

Die „Sergewerkszeitung“, das Organ der Kohlenarbeiter, von 10. Mai schreibt einen längeren Artikel über den russischen Tscherwonez und schlägt darin die bisherigen Ergebnisse der Verhandlungen, die russischen Währung auch in Deutschland möglich machen zu lassen. Sie schreibt u. a. wörtlich:

„Es ist beachnend, daß man für heute wieder an uns kommt, nachdem vorher allerdings die Notierung in einem andern Staat, eben Italien, durchzulegen gelungen ist. Die Russen scheinen sich auch dieses Mal nicht in Deutschland verdeckt zu haben; denn, wie wir hören, ist Reichsbank und Auswärtiges Amt auch heute wieder gründlich mit der Notierung einer standen, ein Standpunkt, gegen den ernsthafte Bedenken in der Tat auch nicht bestehen, da, ohne damit eine Garantie für den Tscherwonez übernehmen zu wollen, dieser ja seit zwei Jahren wirklich stabil ist, und zwar genau so stabil, wie das englische Pfund, und alle Anzeichen, die so günstig lautenden russischen Angaben über den Status der Staatsbank und die verheißungsvollen Ausserungen des russischen Volkskommissars Sotsnikow in Berlin dafür sprechen, daß der neuen russischen Währung keine Gefahren drohen, außerdem aber die Wirtschaften beider Länder weitgehend aufeinander angewiesen sind, wie der russische Warenaustausch beweist.“

Gerade der Warenaustausch aber ist es, bei dem die Erinnerung an jene wenig freundliche Art der Russen bei der ersten Anfrage nach einer Notierungsmöglichkeit in Berlin ein Worten mitzutragen haben wird, indem sie nämlich dafür Sorge tragen muß, daß die berechtigten Wünsche der deutschen Kaufleute endlich Erfüllung finden, damit Verluste, wie sie jetzt immer wieder auf deutscher Seite entstehen, in Zukunft ausgeschlossen sind. Diese Verluste entstehen nämlich dadurch, daß sich unser Außenhandel mit Rußland bislang ausschließlich in anderen Währungen, Pfunden oder Dollars, abwickelt, nur nicht in Mark oder Tscherwonez! Hat also ein deutscher Kaufmann auf einen russischen Zahlungen zu leisten, so muß er jetzt die nötigen Denaren entziffern, wobei er oft infolge der häufigen rechtlichen Differenzen der Geld- und Briefkurte der fremden Valuten Verluste erleidet, und zwar doppelter Art, einmal bei der Ankaufszins zum Verkaufspreis, und dann bei der Abrechnung der Devisen zum Geldtarife an die Russische Staatsbank, um von ihr wieder Tscherwonezen zum Briefkurs zu erwerben. Also in der Tat eine doppelte Verluste und ein umständlicher Vertrag abzuschließen! Würde also der Tscherwonez in Berlin und was nicht minder wichtig, die deutsche Mark in Moskau notiert, und würde dann gegenwärtig in der Währung des eigenen Landes fakturiert, so wäre jeder Verlust für den deutschen Kaufmann ausgeschlossen. Hier muß demnach der deutsche Händel bei den Verhandlungen um die Notierung einfrieren und der bislang einseitig Russlands Interessen begünstigenden Finanzierung des Warenverkehrs ein Ende machen. Dringen hier die amtlichen Stellen durch, so stehen der Notierung des Tscherwonez erhebliche Bedenken nicht mehr im Wege.“

„Die berechtigten Wünsche der deutschen Kaufleute sind leichtverständlich anzugeben, wenn sie sich lediglich auf eine Vereinfachung der beiderseitigen Zahlungsmodalitäten beziehen würden. Aber bekanntlich gehen diese „berechtigten Wünsche der deutschen Kaufleute“ noch in eine ganz andere Richtung, nämlich in die Richtung der Durchsetzung des russischen Außenhandelsmonopols. In diesem letzten Punkte werden die deutschen Kaufleute beim russischen Staat auf Granit begegnen.“

Neue Verhaftungen für Marotto

(Tel.-U.) Paris, 13. Mai. Wie die Pariser Blätter melden, werden in den nächsten Tagen noch weitere acht Infanteriebataillone und Batterien nach Marotto zur Versicherung der Truppen abgezogen. Das französische Oberkommando wartet nur auf schwere Artillerie, um die Gegenoffensive fortzusetzen. Zwei neue Flugzeuggeschwader wurden eingesetzt. Die französischen Flugzeuge haben bereits mit Erfolg die feindlichen Stellungen bombardiert und die Riffelbatterien in ihren Lousgräben mit Maschinengewehren beschossen. Auf französischer Seite hat es schwere Verluste gegeben. In Taz Mefnes und Rabat werden Militärhospitäler eingerichtet.

Dresden

Thälmanns „Krüden“

(Die D. V.-J. brachte ein Bild in ihrer Augenpresse, das Hindenburg auf den Krüden der Thälmann-Stimmen vorläufige ließ. Zur Erwiderung genügen folgende Verse. D. Ad.)

Die schwarze rot-schwarze Ralwüste,
Was schwächt die von „Thälmanns Krüden“.
Ihr bewußten Wegbereiter
Für die Gottesgnadenstreiter!

Ahr, die ihr mit Stiel und Stumpf
Bald erstickt im eigenen Sumpf! —
„Thälmanns Krüden“, ihr Banzen,
Solln euch um die Ohren hauen,

Und in nicht mehr fernen Tagen
Euch und euren Staat verschlagen!

B. Ste.

Roter Jungsturm und Reichsbannerjugend gegen Reaktion — für Arbeiterepublik

Gestern abend veranstaltete der Rote Jungsturm Südwelt eine Werbedemonstration gegen Reaktion und Monarchie.

Ein großer Trupp von Mitgliedern der Sozialistischen Arbeiterjugend hatte sich in Reichsbanneruniform, aber mit roten Bändern an Stelle der Rosarden eingereicht. Begleitet wurde der Zug von den Arbeitern aufgenommen, die sich zu beiden Seiten der Demonstration anstülpten, um diese vor etwaigen Übergriffen der Polizei zu schützen.

Man marschierte unter Gelang und donnernden Hoch- und Niederrufen nach dem Volkspark Cotta, wo ein Jungstürmer die Ziele des Jungsturms erläuterte. Nach ihm sprach Genosse Brugger im Sinne des „Offenen Briefes“ und für die revolutionäre Einheitsfront der Arbeiter gegen die monarchistische Gefahr. Treifend beleuchtete er das Wesen dieser Scheintrepublik, auf deren Verfassung ein Monarchist unbehindert einen Eid ablegen kann, um die höchste Stelle derselben einzunehmen. Er richtete einfache Fragen an die anwesenden Protesten vom Reichsbanner, die ihm zustimmten, als er die verräderischen Führer der Sozialdemokratie als die wirtschaftlichen Siegbügler bezeichnete. An Hand eines kurzen Überblicks über die Entwicklung der deutschen Revolution wies er nach, daß die einzige Garantie gegen die monarchistische Gefahr

die Tatkraft der Werkstätten

ist und bleibt. Geipannt folgten die jungen Protesten seinen Ausführungen. Nicht gedrängt lauschten die Reichsbannerleute mit den roten Abzeichen, und als seine Rede in einem Hoch auf die Rote Front gegen Reaktion und für Arbeiterepublik ausflang, klimmten sie jubelnd mit einem. Ein Jungstürmer kündete die nächste Werberammlung an, die am Freitag den 15. Mai, 8 Uhr im Foythof Cotta stattfindet und auf der Genossen Goldhammer sprechen wird. Treffpunkt 7.30 Bürgergarten, Löbtau.

Bravo, junge Stürmer!

Bildet die erste Reihe der Roten Front!

Jugend voran!

Morgen abend 7.30 Uhr im „Körnergarten“ Allgemeine Mitgliederversammlung

Sämtliche Zellengruppen-Veranstaltungen sollen am Freitag, den 15. Mai, aus!

KPD Versammlungskalender

Nächst! Land-Parteimitglieder! Sämtlichen Unterbezirken und Arbeitsgebieten, für die zum 23. Mai Konferenzen für die Durchführung der Landwirtschaftssummerschau angelegt waren, zur Mitteilung, daß diese besondere Umstände halbwegs

17. Mai 1925

stattfinden in einem im Rundschreiben festgelegten Ort. Lokal von allen Orten wird in der Zeitung bekanntgegeben.

Bezirksleitung Orlaschl. Gebüro.

Unterbezirk Oberlauchstädt. Sonnabend, den 16. Mai, abends 7 Uhr, in Groß-Połozik, Altkirch, Goliath-Theater, U.P. Mitgliederversammlung. Die Gruppen Jitsau, Großdubtau, Colln treffen sich um 7 Uhr zum Abmarsch an der Willibauer Ecke Neujatzauer Straße.

Ortsgruppe Ebersbach. Donnerstag, den 14. Mai, abends 8 Uhr im Sportlerheim Monatsversammlung. Pünktliches Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

Ortsgruppe Freital. Sonnabend, den 16. Mai, 7.30 Uhr, im Restaurant „Stadt Dresden“, Böllentalstraße, allgemeine Mitgliederversammlung. Referat: Die Politische Lage und die Aufgaben der Partei. Referent: Genosse R. Kerner. Alle Parteidienstleuten haben vollständig und pünktlich zu erscheinen.

Arbeitsgebiet Bittersee. Freitag, 15. Mai, abends 8 Uhr im „Reichshof“ wichtige Funktionseröffnung. Feder: Funktionär muss unbedingt erscheinen.

Ortsgruppe Pirna. Donnerstag, den 14. Mai 1925, abends 7.30 Uhr, Vorstandssitzung.

Pirna. Freitag, den 15. Mai, abends 7.30 Uhr im „Volkshaus“. Mitgliederversammlung für Groß-Pirna.

Reichenau. Sonnabend, den 16. Mai, abends 7.30 Uhr: Mitgliederversammlung bei Gen. Klemmt.

Arbeitsgebiet Hirschfelde. Sonnabend, den 16. Mai, nachmittags 5 Uhr in Roots-Gathof, Hirschfelde: Wichtige Arbeitsgebiete-Mitgliederversammlung.

Arbeitsgebiete Ebersbach-Laubenheim. Sonnabag, den 17. Mai, vormittags 9 Uhr im Sportlerheim in Ebersbach; Beginn des Deutschen Kurfusses. Die Leitungen der Ortsgruppen sind verpflichtet, dafür zu sorgen, daß aus jeder Gruppe eine gute Beteiligung erfolgt. Teilnehmern haben sämtliche Funktionsarbeiter.

Zellengruppe 6 (Cotta). Sonnabend, den 16. Mai, pünktl. 8 Uhr, wichtige Mitgliederversammlung im Brauer-Hof, Gottfried-Keller-Straße 21.

Zentrum 3. Zellengruppenversammlung. Donnerstag, den 14. Mai, nachmittags 5 Uhr, in Stadt Plauen, Kleine Plauensee-Gasse. Betriebsstellen erscheint vollständig. Erwerbstätige Genossen, Genossen ohne ständigen festen Arbeitsort und Hausfrauen haben unbedingt mit zu erscheinen.

KPD. Gemerksloje. Donnerstag, den 14. Mai 1925, im Restaurant Müller, Oppellstraße 18, nachmittags 2 Uhr, wichtige

Der sozialdemokratische Spaltvitz

Die SPD sucht die Gemeinschaft proletarischer Freiheit zu verschlagen!

Unter gleicher Überschrift, mit dem Unterschied, daß an Stelle „Sozialdemokratische“ — „kommunistische“ und statt SPD — KPD zu lesen ist, leistet sich die „Dresdner Volkszeitung“ gestern eine Unverschämtheit sondergleichen.

Es ist geradezu bewunderungswert, auf welches Maß Dumheit und Schlammpfüdigkeit die sozialdemokratische linke Presse spekulieren muß, um gegen die revolutionären Arbeiter zu hegen. Die „Dr. B.-J.“ schreibt wörtlich, daß unsere Leipziger Parteizeitung, die „Sächsische Arbeiterzeitung“, folgende Anzeige brachte:

Modau. Alle Freidenker-Genossen (Gemeinschaft proletarischer Freidenker) werden erachtet, sich Donnerstag, abends 7.30 Uhr, in der Sachsenburg einzulinden. Es ist wichtig, daß jeder Genosse zu dieser auftorderten wichtigen Sitzung erscheint. Parteibuch gilt als Ausweis.

Diese Notiz wird mit (!) und dem Satz: „Also Fraktionsbildung reinsten Wassers!“ kommentiert.

So wird dann weiter auf „das den freigießigen Gedanken ungeheure schädigende Verhalten der parteigünstigen Kommunisten“ hingewiesen.

Üugen haben kurze Beine. Demagogenkunststüde desgleichen.

Die ungeheure Fraktionsbildung der kommunistischen Pfa fauer Freidenker fand am Donnerstag, den 30. April, 7.30 Uhr, statt, und was haben die sozialdemokratischen Konförd. a. Freidenker, die Märgverkehr in Dresden, zur selben Zeit getan?

Am Mittwoch, den 29. April 1925, lasen wir in der „Dr. B.-J.“ Nr. 91 Seite 7 unter fetter Überschrift „SPD-Freidenker“ folgende Notiz:

Die der Sozialdemokratischen Partei Groß-Dresden angehörenden Mitglieder, die gleichzeitig in der Gemeinschaft proletarischer Freidenker organisiert sind, werden hierdurch zu einer Fraktionsbildung am Donnerstag, den 30. April, abends 7.30 Uhr, nach dem kleinen Saal der Annenrale, Reichsplatz eingeladen. Als Legitimation ist neben dem Freidenkermitgliedsbuch auch das Mitgliedsbuch der Partei vorzugeben.

Wir wissen genau, daß der Satzartikel der „Dr. B.-J.“ ein Wutausbruch derer ist, die von den klassenbewußten Freidenkern insl. der sozialdemokratischen Arbeiter wegen Verrat an der proletarischen Sache aus der Organisation der proletarischen Freidenker geworfen wurden. Trotz dessen, daß wir hier wiederum die Sozialdemokraten mit den eigenen Waffen schlagen konnten, werden sie morgen weiter liegen. Wir begnügen uns, dies zu charakterisieren mit den Worten:

Niedriger hängen!

Veraus mit dem verhaschten Jungstürmer!

Am Montag abend ist bei dem Zusammenstoß zwischen Jungdu und Jungstürmern der Genossen Port-Bude, Kronprinzenstraße 10, verhaftet worden. Bis heute ist er noch nicht entlassen.

Wir fordern sofortige Entlassung!

Leidenschaftliche Stadtverordnetensitzung heute abend 7 Uhr auf der Tagessitzung stehen u. a. die Neuvestiegung der Bediensteten des Fürstengesamtes und Standarte Vorortmaut bei dem Bürgermeister Scheibel, Leisniger Straße.

Aus der Gesamtversammlung vom 12. Mai. Es wurde u. a. beschlossen: Den Stadtvorordneten vorschlagend, i. das von der Stadt vornehmlich für Zwecke des Stiftsamtes angebaute Dr. Oederstor Sanatorium in Köthenhain als Rentnerheim Niederschönitz zur Unterbringung von mind. 10 Rentnern nach den gleichen Grundstein wie das Rentnerheim Luisenhause einzurichten, auch vorläufig dort eine Kinderherberge (Tagespension) für 50 Säuglinge und eine Mädchenabteilung der Gefährdetenfürsorge des Fürstengesamtes unterzubringen. Das

Erwerbstätigenbefreiung. Erscheinen aller ist Pflicht. — Die Erwerbstätigen-Aktionen müssen nunmehr endlich bei Genossen Röthig abgerechnet werden.

Romm. Jugend Alstadt. Jeden Donnerstag, abends 7.30 Uhr im Restaurant Möle, Füllhofplatz: Versammlung. Gäste willkommen.

Kommunistische Jugend Südwelt. Donnerstag, den 14. Mai, außerordentliche Mitgliederversammlung im Foythof, Cotta, Klosterstraße, Ecke Unterhofstraße. Mitgliedsstellen sind mitzubringen. Gäste haben keinen Zutritt. Anfang 8 Uhr.

Tharandt. Freitag, den 15. Mai, abends 7.30 Uhr im Restaurant „Zum Hirsch“: Mitgliederversammlung. Wichtige Tagesordnung.

Kinder für Neigentänze. Zur Roten-Hilfe-Beranstaltung am 22. Mai melden sich alle Kinder, die bei den Neigentänzen mitwollen wollen, am Montag, den 18. Mai, zwischen 3 und 4 Uhr bei Genossen Lewinjohn, Görlitzer Straße 23, 2.

9.3.B. Ortsgruppe Groß-Dresden. Alle Abteilungsleiter von Striesen, Johannstadt, Neustadt-Ost, Neustadt-West, Jeninitz, Jeninitz, Südwelt und Amt, sowie sämtliche Jungsturmabteilung Sonnabend, den 16. Mai bei Geißler, Palmsstraße 25. Zusammenkunft zwecks Abschaffung bis mit Mai. Massenausgabe.

9.3.B. Abteilung Neustadt-Ost. Montag, den 18. Mai, wichtige Mitgliederversammlung abends 8 Uhr im Goldbrunn". Pünktlich erscheinen. Bei gutem Wetter kleiner Auszug mit Jungsturm.

9.3.B. Ortsgruppe Freital. Sonntag, den 17. Mai, 9 Uhr vormittags. Gaithof Gebauer, wichtige Mitgliederversammlung. Mitgliedsbücher mitbringen.

9.3.B. Pirna. Sonnabend, den 16. Mai, abends 6.45 Uhr: Stellen am Volkshaus.

Freiberger Brand-Erbisdorf. Freitag, den 15. Mai, abends 8 Uhr im Restaurant „Kempf“, Brand, wichtige Mitgliederversammlung.

Gemeinschaft prol. Freidenker Naundorf. Donnerstag, den 14. Mai, abends 8 Uhr im Juventineum Mitgliederversammlung mit Vortrag über das bayrische Konförd. Gäste willkommen.

Verein für volkstümlichen Wasserport r. v. Postabteilung, Sonnabend, 23. Mai, Arbeitstag, ab 3 Uhr Posthaus. — Sonntag, 24. Mai, Werbeschalten.

Freie Eltern-Beratung 29. Volkshaus (Nieder-Plaatz). Donnerstag, den 14. Mai, 7.30 Uhr im „Deutschen Haus“: Versammlung. Thema 1: „Wahrheit über die Lebenskunde“. Lehrer Gebhard; 2. „Was gehörte in den Vorbereitungsstunden zur Jugendweihe?“, Lehrer Richter.

Freie Friedens-Abteilung. Dienstag, den 23. Mai, 1925, 10 Uhr im Goldenen Lamm, Troschau, ein lustiger Abend (Wilhelm Taube mit Liederbilddienst) soll. Mitwirkende: Urb-Randollinien, Harmonie-Ost. Eintritt 30 Pf. Rauschen verboten. Anfang 8 Uhr.

Vollgeflecht, Dresden-N. Sonnabend, 16. Mai, abends 7.30 Uhr im Jugendheim Oppelnstraße 12, 1. Vortrag über: „Urloch, Entstehung und Verhütung der gefährlichsten Frauenkrankheiten und die Wechseljahre der Frau.“ Ref. Hilf. H. Mühl.

Rundfunk

Mitteldeutscher Sender Dresden-Leipzig.

Leipzig (Welle 154). — Dresden: (Welle 292).

Freitag, den 15. Mai.

Wirtschaftsrundfunk: 10 Uhr: Wirtschaftsnachrichten; Woll- und Baumwollspalte. 1 Uhr: do: Wirtschaftliche Baumwolle. Dienstag, 6 Uhr: do: Dresdner Wiederholung. 6.15 Uhr: Do: Dresdner Wiederholung und Mitteilungen des Leipziger Wirtschafts für Handel und Industrie. Rundfunk für Unterhaltung und Beliebung; 10.15 Uhr: Was die Zeitung bringt. 12.15 Uhr: Mittagszeit mit der Hufeland-Phonola. 12.30 Uhr: Neuerer Zeitteilchen. 1 Uhr: Berlin- und Preisebericht. 4.30 Uhr: 6 Uhr: Konzert der Haussopelle. 6.30—7 Uhr: Opernproben a. d. Neuerer Erinnerungen auf dem Büchermarkt. 7—7.30 Uhr: Beitrag: Dr. Lange: „Der große Bauernkrieg und die Schlacht bei Frankenhausen am 15. Mai 1525.“ 7.30—8 Uhr: 8. Vortrag von Gen. von Brandenburg von der Universität Leipzig aus dem Julius: „Deutschlands auswärtige politik in den Jahrzehnten vor dem Weltkriege.“ 8.15 Uhr: Aus der Seele des Kindes. Mittwochende: Gertrude Bauer: „Herrn, Prof. Dr. Wind (Resitation) und die Rundfunkaufsatz. Anschließend (etwa 9.30 Uhr): Preisebericht und Hochzeits-Sportfunkdienst. Schluß 10 Uhr. Danach Freizeit für Jungefreunde die auswärtige Stationen hören wollen.

Rentnerheim soll mit den übrigen vier Wohnanlagen Grashaus, Augustenhaus, Friederichs- und Lindenhaus gemeinsam verwaltet werden. Hierzu ist eine Initiativgruppe zu begründen und für Einrichtung und Betrieb ein Berechnungssatz von 30.000 M. zu Lasten des Haushaltplanes 1925 zu bewilligen; 2. zur Erweiterung der städtischen Schulzahnklinik eine Filiale in der 34. Volksschule, Cossebauder Straße 35, zur Versorgung der Schulkinder der westlichen Vororte einzurichten unter Bevorzugung des Aussichtsgastrauhofs von 11.000 M. zu Kosten unvorhergesehener Ausgaben des Schulamtes und unter Bevorzugung der erforderlichen Stelle für einen Schulzahnarzt und eine Klinikklinik; 3. rund 188.000 M. zur Gewinnung weiterer Unterrichtsräume durch Dorfbauhau in der Oberrealschule Seevorstadt und zum Einbau von Wohnungen in das Rathaus der 2. Volksschule zu Kosten des Hausholds zu bewilligen; 4. eine Gemeindepolizeiverordnung über den Aushang der Zimmerpreise im Beherbergungsgewerbe zu genehmigen.

Strassenbahnhäuser freigesprochen. Auf dem Mühlauer Platz stand am 18. Mai gegen den Straßenbahner Wilhelm ein Geschichtsverhandlung statt. Er wurde der Gefährdung eines Eisenbahntransports beschuldigt, mußte jedoch kostlos freigesprochen werden, da er durchaus vorchristlich gefahren ist.

Hememord? Die bürgerliche Presse meldet fälschlich: „Auf einer Bank im großen Garten wurde ein 23-jähriger, am Tag davor wohnhaft gewesener Reichswehrsoldat erschossen aufgefunden.“ Es wird noch abzuwarten sein, ob nicht doch noch ein Hememord der Bürgern sich herausstellt.

Los eines häblichen Arbeiters. In seiner Wohnung in der Gutfowstraße wurde ein 31 Jahre alter verarmter Tiefbauarbeiter entdeckt aufgefunden.

Radfahrer verunglückt. In Dresden-Gruna fuhr ein aus einer Nebenstraße kommender Radfahrer in einen Straßenbahnszug hinein. Er geriet glücklicherweise auf die Gangstützung, erlitt aber doch durch den Aufprall stark blutende Verletzungen. Sein Rad wurde völlig zertrümmert.

Strassenbahn. Für die Dauer der diesjährigen Ausstellung wird an der Einmündung der Virnaischen Straße in die Lennéstraße eine Straßenbahnhaltestelle eingerichtet. Sie wird am 12. d. M. in Betrieb genommen.

Patentannahme beim Postamt 32. Der Patenthalter des Postamtes 32 (Weigstraße), der bisher nur von 12 bis 6 Uhr geöffnet war, wird vom Freitag an von 8 bis 6 Uhr offen gehalten werden.

Referentenbesprechung

Die Flucht aus der KPD.

(Von unserem Zittauer Arbeiterscorrespondenten.)

Die letzte Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Zittau beschäftigte sich unter anderem mit dem Austritt eines Rudolf Henmann. R. H. wurde in einer vorherigen Mitgliederversammlung zur Rechenschaft über seine Tätigkeit als Stadtvorstand erfragt. Es war schon seit langem, noch unter dem damaligen Ortsgruppenleiter Max Strobel, sein aufdauerndes unsozialistisches Verhalten gerügt worden. Doch Henmann trug unbekümmert um den Willen der Mitglieder seine typisch sozialdemokratische Politik. — Sauf, Sumpf, Korruption. — In dieser vorhergegangenen Mitgliederversammlung wurde von R. Henmann durch einstimmigen Beschluss die Rückgabe seines Mandates verlangt. Heuchlerisch erklärte Henmann, ich dem Willen der Partei zu folgen, erklärte aber später seinen Austritt. An R. H. verliert die Zittauer Ortsgruppe der KPD einen völlig sozialdemokratisch eingestellten Mitgliedsbuch-Soldaten, dessen Konversion ihm ein Verbleiben in der Arbeiterpartei unmöglich macht.

Aber und leicht verständlich bemerkt das folgendes: Das gesamte Stadtvorstandskollegium zu Zittau hat in der Kulturrevolution des idyllischen Weinanbaugebiets eine Schweine-Schlacht mit der notwendigen Lippenbemalung abgeschafft. Zur Verfügung standen den wenigen Teilnehmern Lage und Leidende 3 Schweine, in Worten vier Schlachtreife Schweine; daß dieses Quantum nicht in einer Nacht vertilgt werden kann, wird jedem Proleten einleuchten.

Doch die leitende Abteilung der Zittauer Stadtverwaltung hatte ihm durch die schriftliche Einsendung Vorsorge getroffen, indem sie bat, Rechtfertigung zu bringen. So kann Fleisch und die nötigen Brüste waren jedem durch Vorzugslichkeit, außer dem Ihnen bestillt.

Unter dieser netten Gesellschaft haben sich nun auch R. Henmann und Max Strobel befinden. Dass die Vertreter der Sozialdemokratie und zwei KPD-Männer daran teilgenommen haben, wird jedem denkenden Arbeiter von Zittau eine Schlägerei-ähnlichkeit sein. Die Kommunistische Partei kann aber solche "Schlägereien" nicht mitmachen!

Die letzte Mitgliederversammlung legte darauf die weiteren Maßnahmen gegen derartige Elemente fest, ferner wurde von einem Mitglied erklärt, daß auch Max Strobel keine Absicht zum Austritt aus der KPD, ihm gegenüber geäußert habe. Die Ortsgruppe war bisher der Meinung, daß Max Strobel nur das Opfer eines Burschen sein konnte, daß er doch selbst als ehemaliger Gruppenleiter das Verhalten des R. Henmann stark bekämpft. Doch einem Max Strobel ist noch Gelegenheit gegeben, den Zittauer Arbeitern zu beweisen, daß er so viel proletarisches Ehrgeschäft befreit, sich aus diesem kapitalistischen Korruptionssumpf zu retten. Wenn er das nicht versieht, wenn er die Notwendigkeit der Ablehnung für einen Arbeitervertreter nicht begreift, ist ihm wohl kaum zu helfen.

Arbeiter Zittaus! Sohn, Verfolgung und Spott können die KPD nicht davon abhalten, unanrüchiglich zu verhindern, daß ihre Funktionäre korrumpt werden und dadurch das Vertrauen der Partei missbrauchen. Giebt der KPD Zittaus zur Seite, damit solchen Burschen die Möglichkeit genommen wird, in freier Weise eure Interessen zu vertragen und die gesamte Arbeiterschaft moralisch zugrunde zu richten.

Geishennersdorfer "Arbeitervertreter"

(Vom Arbeiterscorrespondenten.)

Wie weit die Kommunistenbank auch in unserem Orte vorne schritten ist, zeigt folgender sehr typischer Fall, welcher sich am Wahlgang im Gasthof zur Krone abspielte. Kommt da der KPD-Mann Hirsch, seines Zeichens Krantenschiffbeamter und Fraktionsvorsitzender der sog. C-B-Faktion, und rempelt in ganz unverschämter Weise unsere Genossen an. Ganz der Bildung dieser Gesellschaft entsprechend, kommt er im Verlaufe zu folgendem Ausdruck: „Wenn ich euch werde miedersetzen und ihr grüßt mich, so spüre ich euch in die Fresse!“ Also so fehen diese Herrschäften aus: auf der einen Seite den Bourgeois gegenüber Schwatzgesellen, gelbe Suppe und Ritterabende, auf der anderen Seite den Arbeitern gegenüber „in die Fresse spußen!“ Ein weiterer Kommentar ist überflüssig.

Nachlänge

zur Geishennersdorfer Einwohnerversammlung

Berichten zur Kommunistischen Fraktion.

Da die Versammlung am 23. April und die dort ange nommene Resolution stolzes Interesse der dortigen Arbeiterschaft hervorgerufen hat, bringen wir zusammenfassend einen kurzen Bericht unseres Arbeiterscorrespondenten.

Das Thema „Kommunistische Gemeindepolitik“ hatte 300 Zuhörer veranschlagen. Als erster Referent sprach unter starker Beifall der Genosse Schreiter, jetzige Bürgermeister von Zschopau. In übersichtlicher Form zeigte er die Stellung der Kommunisten zu den Tagesfragen der Gemeinde und des Staates. Den Berat der Sozialdemokratie beobachtete er treffend beim Hinweis auf die Stellung der Parlamentswahlen. Den außergewöhnlich launischen Arbeitern schilderte er die bei seinem Aufenthalt in Aukland gewonnenen Eindrücke. Während in der deutschen Republik die Richtung der Einwidlung von der Bourgeoisie angegeben wird, leitet in Aukland die Arbeiterklasse Staat und Wirtschaft. Die Rechte der Arbeiter beziehen sich dort auf alle Gebiete. Am entwickeltesten ist die Fürsorge für den Nachwuchs. Mutter und Kind stehen unter besonderem Schutz. Kein § 218, sondern ärztlicher Rat und gesellschaftliche Hilfe garantieren dort Weiterentwicklung. Trotz aller wirtschaftlichen Schwierigkeiten baut man Wohnungen, nicht den Luxus für einzelne Reiche, sondern für Arbeitersfamilien. Alle Erweiterungen auf wirtschaftlichen und sozialen Gebieten kommen der Arbeiterschaft zugute, und alle Entscheidungen werden in ihrem Interesse getroffen. Die Aufgabe der Kommunisten ist es, in dieser Richtung den Arbeitern die Wege zu ihrer Befreiung zu zeigen. Starker Beifall folgte. Als zweiter erstaunte Genosse Simm Bericht über die Tätigkeit der hiesigen Kommunistischen Fraktion. Deren Anträge, heißt. Rathausbau, Wohnungsfragen, Erwerbslosenfürsorge, die mit Hilfe der Sozialdemokratie niedergestimmt worden waren, fanden lebhafte Zustimmung bei den Anwesenden.

In der Diskussion versuchte der Bürgermeister zischend mit lendenlähmenden Erklärungen sich zu rechtfertigen, was ihm durch den lauten Protest der Versammelten misslang. Auf die hauptsächlichsten Dinge ging er vorsichtigerweise gar nicht ein, sondern verfuhr nur einzelne belanglose Punkte Marzu stellen. Vertreter der bürgerlichen und sozialdemokratischen Fraktionen zogen es vor, sich der Verantwortung vor den Wahlern zu entziehen. Eine eingegangene Resolution, die sich mit der Arbeit der Kommunistischen Fraktion einverstanden erklärte und derselben das Vertrauen ausprach, wurde von der mehr hundertstähligen Versammlung gegen ganze 3 Stimmen

Die Kommunisten gegen Mietzinssteuer und für Kommunalisierung des Baugetriebes

Die Sozialdemokraten für Mietzinssteuer und für die Bauunternehmer

Landtag

Vor Eintritt in die Tagesordnung entpuppt sich eine längere Gesetzgebungsdebatte über ein eingelöschtes Schreiben des Ministerpräsidenten, der fordert, daß die Anfragen über die Todesfälle in der Staatlichen Frauenklinik zu Dresden wegen schwedenden Verfahrens nicht beantwortet werden können, die betreffenden Punkte von der Tagesordnung abzusehen.

Genosse Lieberasch erklärt dazu, daß das Wichtigste die Beantwortung des zweiten Teiles ist, nämlich: Was hat die Regierung getan, um weitere Vorkommnisse zu verhindern? Und hier soll die Regierung sich verantworten!

Trotzdem der Antrag von weiblichen sozialdemokratischen Fraktionsmitgliedern gestellt wurde, hechelt die deutschnationale-Sozialdemokratische Einheitsfront gegen die Kommunisten und einige Sozialdemokraten nach dem Wunsche der Regierung und legt die betreffenden Anträge ab.

Auch ein Antrag Bündel wird auf die nächste Sitzung verschieben.

Daraus wird die Einrichtung eines Jugendwohnheims ausdrücklich des Arbeitsministeriums festgelegt, in dem die Sozialdemokraten 4 Sitze, die Deutschnationalen und Burschenscheiter je 2 und die Demokraten und Kommunisten je 1 Sitze erhalten. Daraus tritt man in die Tagesordnung ein.

Als erster Punkt: Harth-Wald-Bau auf Sächsische Werte.

Der Deutschnationale Bündel begründet in längeren Ausführungen eine dahingehende Anfrage. Seine Ausführungen sagen den Verkauf des Harth-Waldes benutzen gezielt die tatsächliche Gefahr für den Wald beim Tagebau von dort vor kommenden Braunsteinen, um einen Vorstoß gegen die Sächsischen Werte zu machen.

Abg. Rößig erläutert die Regierung, Verhandlungen über die Erhaltung der Harth mit der Stadt Leipzig anzubauen. Er begrüßt den Antrag der Kommunistischen Fraktion.

Genosse Siebert begründet treffend den Antrag der Kommunistischen Fraktion, der bezweckt, nicht nur das Sicherheit der Harth der Leipziger Bevölkerung zu erhalten, sondern auch verhindern soll, daß die Harth an das Braunkapital verschafft wird, und um zu verhindern, daß das in der Alt. Hof. Sach. Werte arbeitende österreichische Kapital dann dennoch ihre Profitabsichten durchzusetzen versucht, beantragen wir außerdem, die Harth wieder in den Besitz des Kreisstaates Sachsen übergehen zu lassen. Keine platonischen Liebeserklärungen zu unseren Anträgen, sondern auf diesen Boden stellen ist nötig. Das heuchlerische Verhalten des Bürgertums wird durch unsere Anträge festgestellt. Unterstehen Sie unsere Anträge, wenn Sie sich nicht Lügen strafen lassen wollen. (Lebhafte Rausch!)

Antrag der Kommunistischen Fraktion:

Die Tatsache, daß der Harth-Wald bei Leipzig auf die Amtsgesellschaft Sächsische Werte übertragen worden ist, um die darunter liegende Braunkohle auszubauen, hat zu einer jütl. Beunruhigung Leipzigs und der gesamten Umgegend geführt. Diese Beunruhigung ist gerechtfertigt, da der Kohlenabbau im Tagebau durchgeführt werden soll; er würde zum Verhinderen einer der großen Grünflächen für Leipzig und Umgegend führen und der Leipziger Bevölkerung einen der wichtigsten Erholungsorte nehmen.

Der Landtag wolle deshalb beschließen:

1. Die Mietzinssteuer wird aufgehoben;

2. So lange die Mietzinssteuer noch erhoben wird, wird ihr gesamter Ertrag zum Wohnungsbau verwendet.

Nachdem von den bürgerlichen Parteien nochmals die Unterstützung des privaten Bauunternehmers gefordert war, werden von den Kaufmeistern die Wohnungen nicht aus sozialen Gründen erstellt, sondern lediglich zu spekulativen Zwecken. Die Errichtnisse aus der Mietzinssteuer müssen restlos zum Bau von Wohnungen verwandt werden, so lange man die Mietzinssteuer, die eine gewaltige Belastung der arbeitenden Bevölkerung ist, nicht überhaupt abgeschafft ist. Wir beantragen deshalb:

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Mietzinssteuer wird aufgehoben;

2. So lange die Mietzinssteuer noch erhoben wird, wird ihr gesamter Ertrag zum Wohnungsbau verwendet.

Nachdem von den bürgerlichen Parteien nochmals die Unterstützung des privaten Bauunternehmers gefordert war, werden die kommunistischen Anträge abgelehnt. Dagegen stimmen auch fast alle Sozialdemokraten. Der Antrag Jähnig, die Errichtnisse der Mietzinssteuer in ersten Linie den privaten Bauunternehmern zur Verfügung zu stellen, wird hierauf angenommen.

Darauf nimmt Genosse Kerner das Wort zu unseren Anträgen betr. Verbot der kommunistischen Presse. Das Verbot der kommunistischen Tageszeitungen ist ein verfassungswidriger Akt der Regierung. Wir haben in der betreffenden Nummer lediglich die nachst. Tatsache ausgezeigt, daß die Politik Eberts stets eine bürgerliche war. Wir haben festgestellt, daß Ebert Seekt beauftragte, die jütl. Arbeiter niedergeschlagen. Ebert war der Wütige des Streits der Minenarbeiter. Alle Maßnahmen Eberts geben uns nicht nur das Recht, sondern verpflichteten die Arbeiter zu diesen Aktionen. Das Verbot unserer Zeitungen diente dem Aufmarsch der Reaktion in Sachsen. Man wollte den Kommunisten die Führung des Wahlkampfes unmöglich machen, um so den Sieg des Monarchen Hindenburg zu sichern. Die Sozialdemokraten müssen für unsere Anträge stimmen, oder sie beweisen in anderer Halle, daß sie sich als die Schutzwache und Wegbereiter der Reaktion fühlen.

Weiter ist am 5. März ausländischen Rednern in einer Versammlung in Penig das Sprechen verboten worden. Wir fragen deshalb die Regierung, ob jeder Polizeibeamte kann wie er will, und ob die Regierung das Vorgehen der Polizei in Penig billigt oder gegen diese Beamten vorgehen wird.

Von der Regierung wird auf die Anfrage hin erklärt, daß sie das Verhalten der Polizeibeamten in Penig nicht duldet, es aber ablehnt, ihren Beamten ein derartiges Vergehen zu unterlassen. Man kann also weiter Kommunisten am Reden verhindern, auch wenn es noch so verfassungswidrig ist. Die „gleichzeitige“ Regierung lehnt es ja ab, sich für eine wirtschaftliche Wahrung der Rechte einzuleben, wenn es sich um Kommunisten handelt. Der eine kommunistische Antrag, betr. Aufhebung des Presseverbotes hat sich erledigt, da die Regierung dieses Verbot wieder aufgehoben hatte. Der Antrag, das Presseverbot überhaupt für gänzlich unzulässig zu erklären, wird dem Rechtsausschuss überwiesen.

nun kann dort hin, droht man mir mit der Giecho. Was wird wohl nach der Sieche kommen?

Trotzdem ich die Giecho habe und furchtbare Schäden leide, muß ich mit dem Wassereimer in der Hand mich zur Wasserleitung mit Mühe und Not durchdringen, denn Herr Stadtrat Voigt kann als Mann mit gefundenen Knochen ja bequem vorbei.

Da ich keinen Rat mehr wußte, weil ich völlig mittellos bin, habe ich mit in Verzweiflung die Pulssader aufgeschnitten, darauf hat man mich ins Krankenhaus gebracht und mich so gerettet. Und nun bin ich wieder hier. Der Wagen steht weiter im Gang. Der Schuppen, in dem er früher stand, wird von der Schwester zum Unterbringung von altem Bodengrubel benutzt. Für unsere Wäsche und für 2-3 Krane drei Gärten und die Bleiche. So rücksichtslos ist diese „barbarische Schwester“, von der der Arzt sagt, sie sei „sooo gut!“ Aber der Arzt, der nicht schlecht zu sein ist, lädt sich durch ihre freundliche Maske ihm gegenüber täuschen.

So stehen heute die da, die ihr Leben lang gearbeitet haben, und die jetzt gut genug sind, um in einer Sack zu verhungern. Ich habe Ihre Zeitung mit Freude gelesen; jetzt glaube ich, daß es auch für uns eine Möglichkeit, Mensch zu werden, gibt, wie müssen nur seit zusammenhalten.

Eine, die lehnd geworden ist.

Ist nun noch ein Kommentar nötig?

Gewerkschaft. Sonnabend den 16. Mai, abends 8 Uhr findet bei Röhlings Feuerkämpfer- und Jungsturmversammlung statt. Jeder Genosse hat unbedingt zu erscheinen. Pflicht eines jeden Genossen ist, einen mit uns sympathisierenden Arbeiter mitzubringen.

Au die proletarischen Gefangen!

Genossen!

Der Zentralausschuss der Kommunistischen Partei Deutschlands gebuhlt der vielen Tausende Parteigenossen und den anderen revolutionären Proletarien, die als Opfer der weißen Füsil hinter Kerkermauern schwanken. Der Zentralausschuss sagt in einem Augenblick, da durch die Wahl Hindenburgs die Konterrevolution vor der Erreichung ihres Ziels steht, der offenen Aufrichtung der Monarchie. Das ist die Folge des Kriegs der Sozialdemokratischen Partei, der Koalitionspolitik, der Arbeiterschaft. Nicht nur in Deutschland, in der ganzen Welt rast der weiße Schreden. In Italien, in Polen, in Ungarn, in Rumänien, in Litauen, in Estland schwanken zehntausende Revolutionäre hinter Kerkermauern. In Bulgarien ist der Blutrausch Jakobs noch nicht gestillt. Hunderte hat er wie die Hunde niedergeschossen. Tausende gewarzt, Tausende im Ketten gelegt. In Deutschland ist die Kommunistische Partei die einzige Kämpferin gegen die monarchistische Reaktion. Ihr seid die lebendigen Zeugen dieses Kampfes und des Kriegs der Sozialdemokratie. Eure Ge-

fangenschaft ist die beste Widerlegung des demagogischen Schwundes, daß Hindenburg auf den Schultern Thälmanns durch das Brandenburger Tor eingesogen ist. Wir sind überzeugt, daß das Proletariat Deutschlands sich bald zusammenstehen wird zum einzigen Kampf gegen die monarchistische Reaktion unter Führung der Kommunistischen Partei. Nur dieser Kampf wird eure Zuchthäuser sprengen.

Genossen holtet aus!

Unter als bisher wird das revolutionäre Proletariat fordern:

Heraus mit den proletarischen Gefangenen!

Nieder mit der weißen Justiz!

Es lebe der Kampf um eure Freiheit!

Berlin, den 10. Mai 1925.

Zentralausschuss der K.P.D.
Zentrale der K.P.D.

Protest gegen das Urteil im „Tschetsch-Prozeß“!

Die unterzeichneten Verbände erheben gegen das im Tschetsch-Prozeß ergangene Urteil des Stadtgerichtshofes zum Schutz der Republik Ikarlens Brotsch. Schon die Zeit der Ruhmung des Prozesses, insbesondere die Zustellung fand aller von der Bevölkerung gelobten und parauhnh erlöhenen Zeugen, die gleichwidrig Hinweisstellung eines Bevölkerers aus dem Schwungsal, war geeignet, Misstrauen gegen die Unparteilichkeit des Gerichts hervorzurufen. Das Urteil läßt nun diesen Einbruck noch verstärken. Auch der Staatsgerichtshof konnte mancherlei Vorbereitungen strafbar handeln nur eine Tat als vollendet ansehen. Die Ermordung eines Polizeipräsidenten. Zugleich wurde gegen drei Angeklagte auf 20 Jahre 4 Monate Jochhaus, 9 Jahre 11 Monate Gefängnis und 3000 Mark Geldstrafe erkannt. Die Strafen kontrastieren aufs schärfste mit den Urteilen gegen andere wegen politischer Verbrechen Angeklagten, insbesondere jenem zwei rechtstaatlichen Kreisen angehörenden, z. B. im Sachsen-Moskauer und noch schwerer im Potsdamer Vermemor Brotsch. Im Falle des Spionages Bauer wurde das Todesurteil gegen Amengauer nicht vollstreckt. Das Urteil im Tschetsch-Prozeß verletzt das Rechtsgefühl des deutschen Volkes. Die unterzeichneten Verbände wünschen deshalb prangend eine Widerzung des Urteils und vor allem die Rückeroberung der Todesurteile.

Berlin, den 8. Mai 1925.

Deutsche Friedensgemeinschaft — Deutsche Frau für Menschenrechte — Verband für internationale Schönheit — Bund der Kriegsdienstgegner — Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit (Deutscher Zweig) — Deutscher politischer Studentenbund — Bund religiöser Sozialisten — Bund entwiedener Schule — Weltjugendtag — Bund für radikale Ethik — Deutscher Monistenzug — Vereinigung der Freunde von Religion und Weltfrieden — Freideutsch Bund — Deutscher Bund für Wettbewerb — Kreis alpinistische Großdeutsche Volksgemeinschaft — Weltausbund für Geistesfreiheit.

Achtung!

Schweizer Schlechte, Schriftsteller, Aerzte, Juristen gegen die Justizmordurteile von Leipzg.

Soeben läuft aus der Schweiz die folgende telegraphische Kundgebung (im Anschluß an den schon von uns veröffentlichten Protokollbericht) ein:

Dem Protest gegen die tendenziösen Leipziger Todesurteile vom 22. April schließen sich am verlangten Zeitintervall der Vollstreckung der Todesurteile.

Dr. A. Kretz, ehemals Professor an der Universität Zürich, Otto Bollert, Schriftsteller (Zürich), Dr. Deinzer, Ministr., Otto Bollert, Schriftsteller (Zürich), Dr. Franz Weitz, Rechtsanwalt, Zürich, Dr. Strub (Basel), Dr. E. Hün, Nationalrat (Zürich), Dr. A. Belmont, Nationalrat (Basel), Dr. med. und phil. Dr. Max Tobler (Zürich), Armin Spruhacher, Arzt (Zürich), Dr. Mina Tobler-Chirurgier (Zürich), Otto Eng, Rechtsanwalt (Zürich), Kretz, Redakteur (Zürich), Jules Söhne, Schriftsteller.

Aus den Gewerkschaften

Achtung — Bauarbeiter!

Donnerstag den 14. Mai, abends 5.30 Uhr Versammlung der Bauarbeiter im „Keglerheim“, Friedrichstraße, Kleiner Saal. Tagesordnung: Ausprache über Tariffragen. Nur Bauarbeiter, die sich als solche ausweisen können, haben Zutritt.

Der Vorstand des Deutschen Baugewerbsbundes.

Achtung!

Metalarbeiter-Demonstration Meissen.

Sonntagabend, den 16. Mai, abends 7.30 Uhr in der Poliklinik Sonnenallee.

Großversammlung.

Genossen! Es scheint pünktlich in dieser wichtigen Sitzung

Zentralverband der Bäder und Konditoren

Vom Zentralverband der Bäder und Konditoren wird uns geschrieben:

Der Deutsche Nahrungs- und Genussmittelarbeiter-Verband, Sitz Hamburg, Zentralstelle Dresden, hält am 28. April 1925 in den Annenläden Dresden-A., Fischhofplatz, und am 2. Mai 1925 im Gasthof Freital in Freital je eine Versammlung für die Beschäftigten in den Bäderen und Konditoren ab, welche sich mit dem Thema der

Sicherung der Tagesarbeit und Sonntagsruhe in den Bäderen und Konditoren beschäftigt. Bekanntlich wird diese Frage auf der 7. Internationalen Arbeitskonferenz im Mai in Genf eingehend behandelt werden.

Beide Versammlungen waren von den Betriebsleitern der Bäderen und Konditoren sehr gut besucht.

Nach dem ausgezeichneten Referat des Bezirksleiters Lehmann-Hamburg, welchem alle Debattierende zustimmten und sich nachdrücklich für die Beibehaltung der jetzigen Arbeitsverhältnisse in den Bäderen und Konditoren aussprachen, wurde beifolgende Entschließung einstimmig angenommen:

Entschließung.

Die am 28. April und 2. Mai 1925 in Dresden, Annenallee, und in Freital, Gasthof Freital tagende öffentliche Versammlung der Bäder- und Konditorgehilfen nimmt Kenntnis von den Beschlüssen des Internationalen Arbeitskongresses, das Verbot der Nacharbeit in den Bäderen in allen ihm angehörigen Ländern einheitlich zu regeln. Die Versammlungen werden diese Bestrebungen in jeder Hinsicht nach besten Kräften unterstützen.

Die Versammlung bedauert auf das lebhafteste, daß, obwohl allgemein die Schädlichkeit der Nacharbeit in den Bäderen für die Berufsangehörigen bekannt ist und für die Konsumen große Gefahren in hygienischer und sanitärer Hinsicht in sich birgt, einige Landesregierungen auf Verlangen zuständiger Unternehmer hin große Verbleichungsanträge an die 7. Arbeitskonferenz stellten. Die Annahme dieser Anträge wäre gleichbedeutend mit der Wiederherstellung der Nacharbeit und all der schadhaften Zustände, wie sie vor deren Belebung bestanden. Die Versammlungen erheben gegen diese Versuche den schärfsten Protest und erwarten von der Arbeitskonferenz, daß sie die Anträge einstimmig ablehnt.

Von der Deutschen Reichsregierung verlangen die Bäder- und Konditorgehilfen, daß unbedingt des Ausgangs der internationalen Regelung, in Deutschland die geltende Verordnung über die Arbeitszeit in den Bäderen und Konditoren unverändert bestehen bleibt und endlich gegen die Sabotage der Verordnung mit schärfsten Strafbestimmungen, in Wiederholungsläden mit Geschäftsschließung vorgegangen wird. Die Forderungen der Unternehmer auf Zulassung eines früheren Arbeitsbeginnes als 6 Uhr morgens in Bäderen

oder der Sonntagsarbeit in den Bäderen, sind von den Bäderen abzulehnen, weil sie geeignet sind, die Verordnung zu durchbrechen und schließlich ganz zu Fall zu bringen. Die hohe kulturelle, soziale und hygienische Bedeutung der Frage muß es den amtlichen Stellen, die berufen sind, über das Wohl der Gemeinwohlerziehung zu wachten, zur Pflicht machen, die höheren Arbeiters- und Konsumentenschutz voll aufrecht zu erhalten und weiter auszubauen.

An die Konsumenten richten die Versammlungen den Appell, die Bäder- und Konditorarbeiter in ihren Bestrebungen mitgewichtig zu unterstützen. Rührung- und Genugmittel sind Vertrauensmittel und es soll und kann den Konsumenten nicht einerlei sein, unter welchen Umständen diese Erzeugnisse hergestellt werden.

Aus dem Sachsenwerk

Der Streit der Bäder im Sachsenwerk, von dem wir in Nr. 32 vom Montag, den 11. Mai, berichteten, ist beendet worden. Die Firma hat sich nun mehr endlich bereit erklärt, den von ihr herausgehängten Anschlag, der von den Bädern die 10-stündige Arbeitszeit fordert, zurückzunehmen. Als Entschädigung für die durch den Streit ausgewanderte Arbeitszeit wird die Bäder mit dem Himmelfahrtstage arbeiten. Das Zurücknehmen der Anordnung und des Anschanges, der die 10-stündige Arbeitszeit fordert, bedeutet für die Firma überhaupt und für den Direktor Freital insbesondere eine harte Prille. Letzterer hat ja nun auch der Bäder den schärfsten Kampf angetragen. Die Bäder aber haben die Worte noch nicht vergessen, die Herr Engel als Antwort auf die Forderungen der Arbeiter damals vor dem Streit ausgesprochen. Er sagte, daß wenn er die Forderungen erfüllte, er auf den Sonnenstein müsse. Vielleicht macht es Herr Engel heute noch mehr. Die Bäder wünschen gute Forderungen.

Die zweite Forderung der Arbeiter, Erhöhung des Wettlohnplafonds, ist inzwischen erledigt worden, als diejenigen Bäder, die in verschiedenen Arbeiten perfekt sind, als Gelehrte betrachtet werden. Es kommen circa 50 Mann in Frage. Diese Reglung ist nicht allenthalben aufzudenken, jedoch hofft man in der Bäder, auch die übrigen anderen Arbeiter damit bald in den Genuss des Lohnes der Gelehrten bringen zu können.

Die Arbeiter der Bäder haben es durch ihr geschlossenes, diszipliniertes Verhalten vermocht, dem freien Anschlag des Unternehmers ein Paroli entgegenzuhalten. Arbeiter des Sachsenwerks, lernt daraus!

Die Arbeiter der Schuhfabrik Gehring, Dresden, im Protestkreis gegen die Monarchisten-Demonstration

Unzufrieden des Erzeuges Hindenburgs glaubte der Inhaber der Schuhfabrik Gehring, Dresden A., Vorhangstraße, seiner monarchistischen Bezeichnung dadurch Ausdruck zu geben, daß er auf dem Arbeitgrundstück die schwarz-weiß-rote Fahne aufstellen ließ. Die 150 Mann hatte Belegschaft antwortete auf diese monarchistische Demonstration und insbesondere auf das frisch prosozialistische Auftreten des Meisters damit, daß die Belegschaft erklärte, nicht unter schwarz-weiß-roten Fahnen arbeiten zu wollen. Die Belegschaft trat geschlossen in den Protestkreis. Die Firma antwortete mit der Entlassung der Arbeiter. Die Belegschaft steht heute noch geschlossen im Streit.

Für den Kampf gegen monarchistische Gefahr

Für die Gewerkschaftseinheit!

Am 10. Mai sagte die Versammlung des Bergarbeiter-Bundes, Zweigstelle Rottweil, Sie beßtlich eine Resolution, in der vom Hauptvorstand verlangt wird, angeführtes der monarchistischen Gefahr auf schärfstem Wege Schritte zu unternehmen, um gemeinsam mit KPD, SPD, und freien Gewerkschaften dieser Gefahr entgegenzutreten.

Weiter werden vom Hauptvorstand Maßnahmen gefordert, damit nach dem Beispiel der englischen Gewerkschaften die internationale einheitliche Kampffront der Gewerkschaften gegen die immer härtere kapitalistische Reaktion in allen kapitalistischen Staaten aufgerichtet werden kann.

Zusammenbruch sozialdemokratischer Verleumdungen gegen J.A.H.-Vertreter vor Gericht

Wie erinnerlich, initiierte kurz vor den Reichstagswahlen die sozialdemokratische „Frankfurter Volksstimme“ einen Verleumdungskampf gegen den Reichstagsabgeordneten Willi Münnichberg, indem sie über ihn und den holländischen J.A.H.-Vertreter Brommel Schmalzle Lügen über angeblich dunkle Geldgefäße, die sie gesäßt haben sollten, zum besten gab. Auch in der Berichtigung, die das Lügenblatt gezwungen geworden drucken mußte, wurden die Verleumdungen durch angefachte Sätze fortgeführt. In der Verhandlung, die auf den Strafantrag des Genossen Münnichberg folgte und die am 8. April stattfand, er gab es sich, daß für die Behauptungen kein Wahrheitsbeweis erbracht werden konnte. Der Schwindel wurde als schärfster Wahlmonopol entlarvt.

Dr. Hochsieder hat jedoch einen Vergleich an, in dem sämtliche Anschuldigungen als unwahr zurückgenommen werden sollen. Nach längeren Verhandlungen wurde dann zwischen den Parteien folgender Vergleich vereinbart:

1. Der Angeklagte, Redakteur Dr. Dang, nimmt alle Behauptungen des Artikels: „Der Kandidat der Schmalzleuren“ in der 1. Beilage zu Nr. 272 der Volksstimme, lerner die Behauptungen in Nr. 277 der Volksstimme von 1924, die sich gegen Herren Münnichberg und Brommel richtet, als unwahr mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück. Er bedauert, von einem Gewahrsamen gesäßt worden zu sein und erklärt, die Vorwürfe in keiner Weise aufrecht halten zu können.

2. Er verpflichtet sich, die vorstehende Erförderung am Kopf des lokalen Teils der „Frankfurter Volksstimme“, im Osthessischen Abendblatt, sowie im „Hessischen Volksfreund“ in Darmstadt an entsprechenden Stellen bis zum 20. April 1925 einheitlich zu veröffentlichen.

3. Der Angeklagte zahlt bis zum 20. April 1925 einheitlich an die Internationale Arbeiterhilfe zu Händen des Flügel- und Prozeßbevollmächtigten eine Summe von 500 Mark.

4. Der Angeklagte zahlt bis zum gleichen Termin sämtliche Kosten des Verfahrens einschließlich des Honorars des Flügel- und Prozeßbevollmächtigten eine Summe von insgesamt 200 Mark. Die Auslagen gehen besonders.

5. Die Prozessflügel behalten sich vor, im Falle der Nichteinholung des Vergleiches, in der Zeit vom 20. April bis zum 10. Mai 1925 zurückzutreten.

Achtung! Genossinnen und Genossen!

Das Bezirkstomitee der KPD, Ostjachsen teilt uns mit,

17.—24. Mai 1925

eine Werbwoche für die „Internationale Rote Hilfe“ stattfindet. Im Interesse dieser Organisation verpflichten wir jedes einzelne Parteimitglied, sich in dieser Woche der KPD verpflichtet zur Verjährung zu stellen. Nächste Anweisungen gehen durch die politischen Leitungen noch zu.

Bezirksleitung Ostjachsen.

Resolution des Zentral-Ausschusses über politische Lage, Aufgaben und Taktik der Partei

3. Mehr Manövrierschärfe

Untere grundäckliche unverzüglichkeitshaltung als Klassenpartei des Proletariats, die sich niemals mit bürgerlichen Parteien, wie die SPD eine ist, ausöhnt, sondern in jeder Situation den härtesten Kampf gegen sie führt, ist vollkommen richtig und darf gerade in der gegenwärtigen Zeit zwischen zwei Wellen der Revolution, wo Rücksläge der Bewegung sozialdemokratische Tendenzen begünstigen, unter keinen Umständen abgeschwächt werden. Ein Fehler der Partei bestand jedoch darin, daß wir nicht genugend imstande waren, die Stärke unserer Politik den Massen verständlich zu machen. Das lag an einer oft zu abstrakten Propaganda und am Mangel an Monopolierfähigkeit trotz erkannter Notwendigkeit des Konzentrierens.

Das tiefe Misstrauen innerhalb der Parteimitgliedschaft gegen jedes Monopolierteil im Sinne sozialdemokratischer Taktik, im Sinne der Beschlüsse des Frankfurter Parteitages und des 3. Weltkongresses, das als Folge des Konflikts der opportunistischen Politik, Strategie und Taktik der Brundt-Zentrale, aus Entwicklung des Gegners richtig zu manövrieren, solange die Partei nicht die grundäckliche Heftigkeit hatte, die allgemein ein richtiges Monopolierteil ermöglicht, solange die rechten Fraktionenmacher in ihrer Masse noch nicht genügend politisch aufgeweckt waren, mußte ja beim Monopolierteil sehr vorsichtig sein. Gegenwärtig hat die Partei bereits so viel Grundäckliche Stärke erlangt und durch den von der Erfahrung der Komintern gebilligten Kampf gegen den Brundt-Zentralismus die rechten Fraktionenmacher so sehr zurückgedrängt, daß eine größere Monopoliertaktik unteres Taktik ohne das Nebennehmen opportunistischer Tendenzen möglich ist. Der Januar-Z.A. ist ein großer Schritt in dieser Richtung, indem er die Teilstudien und Kämpfe in den Mittelpunkt der Parteitaktik stellt. Wir müssen jetzt die wirtschaftlichen Teilstudien mehr mit politischen verknüpfen und gegenüber SPD, KDP, und schwarz-roten-goldenen Block so manövriert, daß die proletarischen und halbproletarischen Massen erkennen, der einheitliche Kampf gegen die Reaktion leichter nicht an irgendwelchen ihnen unbekannten „Moskauer“ Grundlagen der KPD, sondern an der Unmöglichkeit, im Falle mit den bürgerlichen Parteien einen ernsthaften Kampf gegen die bürgerliche Reaktion zu führen.

Bei den Präsidentenwahlen war unsere Aufgabe, zu zeigen, daß der schwarz-rote-goldene Block einen ernsthaften Kampf gegen die monarchistische Gesellschaft führen will und kann, daß die SPD an ihren bürgerlichen Bundesgenossen trotzdem aber gerade bestehend festhält und die Stabilität des Proletariats bezüglich zum Nutzen der Bourgeoisie zusagt. Diese Aufgabe wäre wesentlich gefordert worden durch ein Monopolierteil im Sinne der Vorschläge der deutschen Delegation und des Präsidiums der Komintern. Wir hatten dadurch der Arbeiterschaft den Weg der Einigung auf einen wirklichen Kampftaktikbündnis auf Grund eines republikanischen Minimalprogramms gezeigt und die Schuld der SPD am Sieg der bürgerlichen Reaktion vor der gesamten Öffentlichkeit festgestellt. Dadurch wäre bewiesen worden, daß das einzige wirtschaftliche Kampfbündnis die Rote Armee aller Ausgebauten unter Führung der KPD ist. Damit hätten wir die Notwendigkeit der kommunistischen Kandidatur beständig bestätigt und die Erziehung innerhalb der KPD sehr geschert.

In der Preußenfrage haben wir zu wenig getan, um unsere Haltung als notwendig begreiflich zu machen und den SPD-Schwund, „die Kommunisten, die Steigbügelhalter der Reaktion“ zu zerstreuen. Wir müssen die Frage des Regierungsprogramms in den Hintergrund stellen und unsere Gegnerlichkeit gegen die bürgerlichen Koalitionsregierungen mit ihrer Ablehnung der elementarsten Minimalforderungen begründen. Aehnlich müssen wir in den anderen Parlamenten und in den Gemeinden vorgehen.

In einer Situation, wo unsere Partei das Augelein an der Waffe zwischen einer Rechts- und einer sogenannten Linksgouvernement bildet, in es durchaus zulässig, und unter bestimmten Bedingungen geboten, eine solche Parlamentswahl zu befürworten, daß wir der „Links“-Koalition gegen die Rechtskoalition die Freiheit ermöglichen. Dabei müssen wir mit aller Klarheit offen erklären, daß dies nicht gelingt, weil die revolutionäre Arbeiterschaft von der SPD und den republikanischen Parteien“ irgend etwas besseres zu erwarten hat, als von den offenen Monarchisten, sondern gerade zu dem Zweck, um den Massen, die zu diesen Parteien noch Vertrauen haben, zu zeigen, daß sie ebenso reaktionär und arbeiterfeindlich sind, wie die offenen reaktionären Parteien. Wenn die KPD eine solche Taktik benutzt, um die Massen außerhalb des Parlaments gegen die schwarz-roten-goldenen Parteien und ihre Regierung zu mobilisieren, so hat diese Taktik nicht das Ergebnis mit einer sozialdemokratischen oder brundt-Zentralistischen Koalition politisch gemeint. Sie ist jedoch nur dann richtig und zulässig, wenn noch nicht die Möglichkeit besteht, eine solche Regierung durch eine proletarische Massenbewegung zu stürzen.

DIE REBELLEN

Erinnerungen aus der Revolutionszeit

von P. G. Dybenko

Deutsch von Eduard Schleemann

Verlag Carl vom Rath, Leipzig, Sammlung

(35. Fortsetzung)

Als das Telegramm abgelehnt wurde, näherten sich das finnlandische Regiment und eine Patrouille abteilung den Toren Gatschinas. Die Korpsoffiziere meldeten ihre Ankunft. Es wurde sofort der Befehl erteilt, sie durchzulassen.

In diesem Augenblick hörte Wojtinitsch atemlos in den Saal. Er suchte mit den Telegrammen, die er von Sjawnow und dem Generalstab erhalten hatte und die das Nohnen der Stoßtruppen anführten. Er versuchte, die Stimmung der Kosaken zu ändern und sie zu überzeugen, daß Kerenkins nicht geflohen, sondern den nahenden Truppen entgegengeschritten sei. Aber das Vertrauen zu Kerenkins Leuten war schon gebrochen. Man beantragte Wojtinitschs Rede, indem man ihn verhaftete (später flog er mit Hilfe der Offizierschüler).

Gleich darauf zogen das finnlandische Regiment und die Patrouille abteilung in Gatschina ein, und zwei Stunden später waren die Kosaken und die Kadetten schon entwaffnet. Um 8 Uhr abends betraten ich und der Kommandeur des finnlandischen Regiments das Kabinett des Generals Krasnow; er war der einzige, der noch in Gatschina geblieben war — auch er mußte verhaftet werden. Bei unserem Erscheinen erhob sich der große, schöne

4. Manövriert nicht die bolschewistischen Grundsätze verwischen, sondern das Gegenteil: sie durch Tatsachen beweisen

Ein richtiges Manövriert ist nur dann möglich, wenn dabei die folgenden Grundsätze des Bolschewismus weder verschleiern noch verschleiern werden:

1. Die Aufgabe einer wahren revolutionären Partei besteht nicht darin, den unmöglichen Versuch auf jegliche Kompromisse zu proklamieren, sondern darin, durch alle Kompromisse — insfern sie unvermeidlich sind — hindurch unteren Prinzipien, unserer Klasse, unserer revolutionären Aufgabe, unserer Soße der Vorbereitung der Revolution und Vorbereitung der Volksmassen zum Siege der Revolution die Treue zu wahren.

2. Die SPD ist und bleibt eine bürgerliche Partei, ihre Ähren sind und bleiben Agenten der Bourgeoisie in den Reihen des Proletariats, und auch kein Flügel der SPD kann proletarische Politik treiben, solange er innerhalb der SPD bleibt.

3. Ein Friedlicher Übergang zum Sozialismus durch ein demokratisches Zwischenstadium zwischen bürgerlicher und proletarischer Diktatur ist unmöglich, ist eine jugendliche zentristische Utopie.

4. Es gibt keine Verbindung mit den opportunistischen Elementen innerhalb der Partei.

„Rückfälle“ Abweichungen, die bestehen in der Ablehnung von politischen Teilstudien (als „opportunistisch“), von Spikerverhandlungen (als „unsozialistisch“), Unterstützungsangeboten (als „monopoliert“), im Ignorieren der wirklichen Stimmungen der proletarischen Massen (als „nicht real“), im mechanischen Wiederholen auswendig gelernter Formeln ohne gründliche Auseinandersezung der konkreten Situation, in der letzteren selbst aufzutreten mit einer „kleinen und leeren“ aber theoretisch konfusen Partei („Es war immer so, daß mit solchen Massen Schwierigkeiten kamen“), sind hart zu bekämpfen als umgestülpter Opportunismus.

5. Rechte Gefahren

Beim Manövriert, insbesondere in Situationen wie der gegenwärtigen, können immer rechte Gefahren entstehen, und zwar bedurfte, daß

a) rechte Fraktionen verhindern, daraus eine Revision unserer Grundsätze zu machen und die Grenzen gegen den Brundt-Zentralismus und sonstigen Opportunismus zu verwischen oder das Monopolierteil als „ihren Sieg“ hinzustellen („wie haben sie immer gelogen“, wobei sie vergessen, daß sie bis heute nicht vorhanden haben, worin ihr Opportunismus theoretisch und praktisch besteht).

b) Die Arbeiter unserer Partei infolge ihrer theoretischen Unfähigkeit und praktischen Unreife den Reformismus auf den Leim ziehen und, statt sie zu entlarven, ihnen Verbannungsmaßnahmen leisten. Diese Gefahren sind nicht durch allgemeine

Berichte oder durch tugendhaftes Richtun zu vermeiden, sondern nur durch intensive theoretische Durchbildung der gesamten Partei, durch intensive Teilnahme aller Mitglieder an der Ausarbeitung der Taktik und durch die klare Kontrolle aller praktischen Schritte aller Organe, sowohl von oben wie von unten. Im einzelnen besteht die brandförderlich-opportunistische Gefahr in folgendem:

1. Beim Kampf um Teilstudien das Endziel aufzuheben, um verteuert von Diktatur, Revolution usw. nicht zu forensen, aus Angst, die Massen von uns „abzuwählen“, zu erreden, auf unsere „eigentlichen“ Absichten „aufmerksam“ zu machen (was wir immer machen müssen).

2. Spikerverhandlungen ohne Massenmobilisierung zu führen, wodurch eine völlig merilos werden, und sich dabei Erlebnismöglichkeiten einzubauen, in Wirklichkeit aber mit Feindern Zeit zu vertrödeln.

3. Den Schwerpunkt vom außerparlamentarischen Kampf auf den parlamentarischen Außendienst zu verlegen und dabei auf den parlamentarischen Komplizen zu konzentrieren (wo es viel Geldrei und wenig Sinn gibt).

4. An die reformistischen Illusionen in der Weile „anzuknüpfen“, d. h. am Schwunze der Massen zu laufen, daß man sich einfach auf ihren Boden stellt und es den Tatsachen überlässt, die Arbeiter von der Unmöglichkeit dieser Illusionen zu überzeugen, statt sich von vorhersehbar und im Verlaufe des ganzen Monopolierts offen abgrenzen und ihre Verirrung als Zweck des „Anknüpfens“ zu proklamieren.

5. Statt mit den Arbeitern über die Fragen des Komplexes und der praktischen Forderungen, sowie der Methoden zu ihrer Durchsetzung zu diskutieren, um Volkes zu schaden. (Diese Gefahr ist gleich groß bei der Einheitsfront „von oben“ wie „von unten“, bei Parlamentsverhandlungen wie bei Betriebsratetwahlen.)

6. Dass man „organisatorische“ Fragen wie die der Gewerkschaftsarbeit, als lediglich organisatorische Fragen betrachtet, also von vorhersehbar den Reformisten die Führung überlässt, anstatt die politische Seite und den Kampf um jede organisierte Kommission (Gewerkschaft, Betriebsrat, Ausschüsse, Kommissionen, Bündnisse usw.) in den Vordergrund zu rücken. Alle diese Gefahren wird die Partei leicht überwinden, wenn sie bei jedem ihrer Schritte bewußt ist der tiefen Leninischen Lehre.

Die KPD ist die einzige Partei des Proletariats, die einige Partei, die alle Ausgebauten aus allen Klassen organisieren und zum Sieg führen kann, und jede andere Partei ist die Partei einer anderen Klasse, also eine feindliche Partei, auch dann, wenn sie zeitweise mit uns oder wir mit ihr gemeinsame Ziele verfolgen. In jeder anderen Partei und in jedem Bloß anderer Parteien sind unvereinbare Klasseninteressen geholt, und unsere Aufgabe ist es, die ihnen anhängenden Massen nach den Klassenunterschieden zu trennen und unter der Hegemonie des Proletariats und der Führung der KP als großen Bloß des ausgebauten Volkes zum Sieg zu führen, zur proletarischen Revolution.

Aufruf!

Vor 100 Jahren waren in Deutschland Kämpfe der arbeitenden Bauern, die sich zum Sturz der ausdeutlerischen Fürsten und Pfaffenherren erhoben hatten. Zuerst hielten vornehmend, unternehmend zuletzt Thomas Müntzer den Verlust, die Bergknappen und Handwerksgesellen zusammen mit den Bauern in den Kampf zu führen. Trotzdem unterlagen die Bauernrebellen. Am 30. Mai 1849, nach der Schlacht bei Frankenhausen, verlor der Kopf ihres besten Führers Thomas Müntzer dem Schwert des Hinters.

Das Mansfelder Land und seine nähere Umgebung ist der historische Hafen dieser Tragödie Wunsiedel und der deutschen Bauern des Mittelalters. Der Mansfelder Pfarrer Luther, von den Fürsten gekauft und dann realtorian geworden, spielte in seinem blutigen Drama die Rolle des Verräters und Denunzianten. Der Brief Thomas Müntzers an die Mansfelder Berggesellen „Dran, dran, dran“ mit der Aufforderung zum Einsteigen in den Kampf bei Frankenhausen ist das starke Dokument jener Zeit. Die Großen von Mansfeld, mittendrin vor der drohenden Rebellion ihrer Bergknappen in den Kupfer- und Silberstollen, waren die brutalsten Hinterer an Müntzer und den gefangenem Bauer.

Die Hölle der revolutionären Probleme, historisch und doch zur das Proletariat in hohem Grade zeitgemäß, ferner der Wille, die Revolutionen des Bauernkrieges zu ehren und aus ihren Kämpfen und Niederlagen notwendige Lehren zu ziehen, veranlaßt uns am 30. Wiederkehr von Müntzers Todestag zur Veranstaltung:

Tag der Arbeiter und Bauern — Thomas Müntzer — Pfingsten in Eisleben.

Es soll eine große Freiheit der Arbeitenden und Revolutionären in Stadt und Land unter dem roten Banner im Zeichen von Hammer und Sichel. Folgende Veranstaltungen sind vorgesehen:

Mann mit dem strengen ergrauenden Kopf, aus dem ruhige Augen blicken.

„General Krasnow, im Namen des Rates der Volkskommission sind Sie und Ihr Adjutant verhaftet.“

Krasnow: „Soll ich erschossen werden?“

„Nein. Wir werden Sie sofort nach Petersburg überführen.“

Krasnow: „Ich bin bereit.“

Auch Kerenkins beide Adjutanten wurden festgenommen. Den verhafteten General Krasnow brachte man im Auto in den Smolny.

In derselben Nacht betrafen sich einige Kosakenoffiziere und versuchten die Kosaken und Offizierschüler zu einem Aufstand zu überreden. Sie wurden sofort erschossen.

Am nächsten Tage kam die Nachricht, daß die Transporte mit den Stoßtruppen sich Gatschina näherten. Zur Verteidigung des Platzes waren nur fünfhundert Kosaken und zwei Bataillone des finnlandischen Regiments vorhanden. Der Kriegsrat von Gatschina beschloß, den Stoßtruppen eine Delegation entgegenzuschicken und sie aufzufordern, sich zu ergeben.

Die Nachts verließ lebt unruhig; es traten einige Male

Meldungen ein — die Stoßtruppen näherten sich.

Am 3. November um acht Uhr morgens waren sie nur noch

fünf Werke von Gatschina entfernt. Ich fuhr hin, um mit ihnen zu verhandeln. Genosse Siwers besetzte mit einer unbedeutenden Patrouille die Stellungen vor

Gatschina und stellte eine Batterie auf. In Gatschina blieben

zwei Bataillone des finnlandischen Regiments, die die Aufgabe hatten, die entwaffneten Kosaken und Offizierschüler zu bewachen. Das mit dem Genossen Siwers ver-

Sonnabend, den 30. Mai, abends, im Volkshaus zu Eisleben: Begrüßung der auswärtigen Delegationen, Szenen aus dem Münsters Schauspiel von Hoffmann, Lesung von Berend Groß, Gelangsmotivs.

Rede des Genossen Hagnic: Die Bauernkriege und ihre Lehren für das revolutionäre Proletariat.

Sonntag, den 31. Mai, mittags 11.30 Uhr: Historisch-politischer Demonstrationzug in Eisleben. Ab 3 Uhr Massenmeeting auf der Wiese. Uebergabe einer russischen Fahne an das Mansfelder Proletariat. Ansprachen. Aufführung des Müntzer-Schauspiels von Bertha Losz auf der Freilichtbühne. Massenaufmarsch der Roten Frontkämpfer und Roten Sportler. Mahnmalgang. Rotes Feuerwerk.

Montag, den 1. Juni: Tag der Roten Jugend mit Kundgebung und Aufführungen unter Leitung der KPD, KGB, KZB, „Naturfreunde“. Die Parteiorganisationen aus den anderen, vor allem benachbarten Bezirken, die Roten Frontkämpfer, Roten Sportler, Jungkomunisten, Kindergruppen usw. werden erwartet, unserem Tag der Arbeiter und Bauern Pfingsten in Eisleben das Interesse zuzumessen, das seiner historischen und politischen Bedeutung entspricht.

Wir erwarten zumindest von überallher Delegationen mit Fahnen. Für sie werden in weitgehendstem Maße Freiquartiere zur Verfügung gestellt, ferner sind einige Massenquartiere vorhanden. Wenn irgend möglich, bitten wir um vorherige Anmeldung der Teilnehmer aus anderen Bezirken an die Adresse: Paul Müller, Eisleben, Rathausstr. 7.

Der Ausschuß.

KPD, KGB, KZB, JGB, SSB, Bezirk Halle-Merseburg.

Berlog: „Arbeiterstimme“, Dresden. — Druck: „Feuzeug“, Filiale Dresden. — Verantwortl. Redakteur: Rudolf Klemm, Dresden.

einheitliche Signal waren drei Revolverschüsse; sobald ich sie abgab, hörte er anfangen, die Stoßtruppen mit Artilleriefeuer zu bedrohen.

Kurz vorher hatten wir einen großen, aber leeren Transportzug formiert, der den Eindruck erwecken sollte, daß wir über genügende Kräfte verfügten. Mit diesem Zug näherte ich mich den Stoßtruppen. Auf unserer Lokomotive saß ein Maschinengewehr mit einigen Maschinen. Eine Welle vor den Stoßtruppen holtete ich den Zug an und gab ihnen entgegen. Ich eröffne die Verhandlungen und schlage ihnen vor, sich zu ergeben, widrigfalls wir sofort ihre Transportzüge mit Artilleriefeuer befehligen würden. Die etwa dreitausend Mann zählenden Stoßtruppen schwanden eine Weile. Aber es dauerte nicht lange, und sie gingen auf unsere Seite über. Nur eine unbedeutende Gruppe von Offizieren versuchte mit Gewehrfire zu fliehen, aber ihre eigenen Leute zerstreuten sie mit Maschinengewehrschüsse. Nach einer Weile ziehen die Stoßtruppen friedlich in Gatschina ein. Sie schufen eine Delegation nach Petersburg, die die Aufgabe hat, sich über die allgemeine Lage zu informieren —

So brach Kerenjns letzter Versuch, die Macht den Händen der Sowjets zu entreißen, endgültig zusammen. Wie ein verblissender politischer Schatten verwandte er von der Kämpferarena. Seine Flucht bedeutete das Grabnis eines politischen Leichnams. Das war das ruhige Ende von Kerenjns kurzem historischen Dasein.

Die Toten verschwanden von der Bildfläche, während die Oktoberrevolution sich mit jedem Tage mehr ausbreitete.

(Fortsetzung folgt.)

Gemeinschaft proletarischer Freidenker
Ortsgruppe Cossebaude

Am 12. Mai verstarb unser Genosse

Paul Schmidt

Dresden-Blasewitz, Neißnau 38, 7011.

Die Einäscherung erfolgt am Freitag, den
15. Mai nachm. 2 Uhr im Krematorium Tolkwitz.
Im ehrenden Andenken werden wir ihn
bewahren!

Die Verwaltung

Theater am Wasaplatz

Heute und folgende Tage:

Der Gott der Rache!

Drama in 3 Akten von Schalom Asch
Beginn Wochentags 20 Uhr, Sonntags 21 Uhr

Sonntags und Feiertags, 21 Uhr nachmittags.

Hänsel und Gretel

Wunderzettel von Haupt

Tymians Täglich
Thalla- 8 Uhr
einziges wirkliche **Theater**

Volkstheater Dresdens

Vorzugskarten außer Sonntags gültig

Freidenkerbezirk Zittau

Der Reichsbildungsleiter, Genosse

Otto Rühle

hält einen Kursus in Zittau, über:
**Die Rolle der Religion
in der menschlichen
Gesellschaft**

Am 16. Mai, abends 8 Uhr, im Sächs. Hof
Am 17. Mai, vorm. 1/2 Uhr, im Schw. Adler
Am 28. Mai, abends 8 Uhr, im Sächs. Hof
Am 24. Mai, vorm. 1/2 Uhr, im Schw. Adler
Am 30. Mai, abends 8 Uhr, im Sächs. Hof
Am 31. Mai, vorm. 1/2 Uhr, im Schw. Adler

Alle Freidenker und Gleichgesinnte sind
hierzu herzlichst eingeladen

1840

Die Bezirksleitung.

Ausschneiden! Aufbewahren!

Die Geldknappheit

Offnet auch die Läden großer
Betriebe. Wir haben die Ge-
legenheit ausgenutzt u. bringen
Schuhwaren aller Art
zu außergewöhnlich niedrigen
Preisen

Der Kniff?

Massen-Einkauf
Massen-Schnell-Verkauf
Besichtigen Sie unsere Fenster
Deströths Schuhhäuser

Dresden, Jahnstr. 5, am Weißer
Bahnhof u. Königskreuzer Str. 3b
am Albertplatz

Dresden

5 Flemmingstraße 5
Von Herrschaften:
Anzüge M. 10.—
Loppen 8.—
Paletots 8.—
Kostüme 5.—
Hosen 8.—
Neue Anzüge, Paletots
ganz billige Preise

Langer

Backwaren billig!

ff. Kaiserzug 5 Pfd. 1.35 M.
Weizenmehle Pfd. von 0.22 M. an
Sultania Pfd. 0.80 M.
gr. Rosinen, neue, sehr feine Pfd. 0.65 M.
Korinthen Pfd. 0.75 u. 0.80 M.
Kokospaspel Pfd. 0.70 M.
Blauhmohu Pfd. 0.70 M.
gute meckl. Butter Stck. 0.95-1.05 M.
Schweineschmalz Pfd. 0.95 M.
Margarine Pfd. 0.60 M.

Scholar,
Pirna, Lange Straße 43

Achtung! **Achtung!**

1844

Schuhhaus

Karl Krellmann

Brand-Erbisdorf

Hält sich bei Bedarf von Schulwaren in
alten Artikeln bestens empfohlen
Beachten Sie bitte meine Fensterauslagen

— Reelle Preisgestaltung —

— Günstigste Zahlungsmöglichkeit

Roßschlächterei
II. Schankwirtschaft

empfiehlt

Franz Baldauf,

Brand-Erbisdorf, Hauptstraße 91

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Dresden

Diejenigen Wünschen entsprechend wurde der bekannte Experimental-Psychologe Leo Göttsche für 8 weitere

Experimentalvorträge

verpflichtet. Die Vorträge finden statt:

Montag, den 18. Mai 1925, Freital, „Döhlener Hof“;

Dienstag, den 19. Mai 1925, Dresden, „Kittlitzpalast“;

Mittwoch, den 20. Mai 1925, Heidenau, „Alte Gasthof“.

Beginn der Vorträge punt 7 Uhr abends. Eintrittspreis betrifft 60 Pfennige. Die Karten können in unseren Büros oder durch die Vertragsleute bezogen werden und ersuchen wir um recht lebhafte Beteiligung.

Die Ortsverwaltung

Achtung Striesen!

Sonnabend, den 16. Mai

Großes Schlachtfest

im Glasewaldthof
Ecke Glasewaldt- und Wittenberger Straße

Bei Einkauf eines Anzuges
einen wieden Selbstbinder gratis

Wollt Ihr billig kaufen
Müßt zu **Pimsler** laufen

Dort kann man sich noch preiswert und schick in
Herregardrobe

eindecken

Schwedenmäntel für das Frühjahr

außergewöhnlich

Anzüge hochmodern von 20 M.

Lange und Breechesosen von 5 M.

Gummimäntel für Herren und Damen von 17 M.

In großer Auswahl

21 Pimsler 27

Dresden, Landhausstraße

nächst dem Pöhlischen T., früher Brüdergasse

alle Straßenbahnenlinien

Könnt auch langsam geh'n
Pimsler bleibt besteh'n

Kunden von auswärtis erhalten Fahrvergütung

Curt Reinhold

Fernspr. 671 Freiberg, Poststraße 18 Fernspr. 671

empfiehlt außerst günstig

Göhrische Wanderer Opel- Olamant-Triumphi-Reform-



Fahrräder

Erleichterte Zahlung — Garantie — Fachmännische Bedienung

Waschstoffe Grönl. **Wollstoffe** Muster- u. Farbenauswahl

Blaudruck Zephir Perkal Waschmusselin Popeline Serge Gabardine Karo u. Streifenstoffe Schweizer Vollvolle

Bei Abgabe dieses Inserates gewähre ich 5 Prozent Kassenrabatt

Erich Kaden, Freital-Deuben Vorderstraße 5

Bierhandlung **Kurt Noack** PIRNA Döhlner Platz 3

Blumentöpfe Untersetzer Kaninchennäpfe Hühnersaufen Scheuerbüsten Holzpantoffeln und alle Sorten Seife, Seifenpulver in großer Auswahl empfiehlt

Max Richter Pirna, Markt 3

Kaufe nur frisch gerösteten Kaffee

Pfd. 3.40, 3.60, 4.— und 4.40 von anerkannter Güte

C. H. Schlechte Copitz, Hauptpl. 5



Räumungsverkauf

von

Gemüse- und Frucht-Konserven

	1/2 Dose	1/4 Dose
Junge Erbsen, fein	-.60	1.10
Junge Erbsen, mittelfein	-.40	.75
Junge Erbsen	—	.65
Junge Erbsen mit Karotten, fein	-.40	.65
Junge Erbsen mit Karotten, mittelfein	-.40	.75
Gemüse-Erbsen	—	1.10
Leipziger Allerlei, fein	-.60	1.10
Leipziger Allerlei, mittelfein	-.50	.85
Riesenstampfgerölle	—	2.75
Stampfgerölle, extra stark	1.50	2.50
Stampfgerölle, sehr stark	1.30	2.40
Stampfgerölle, stark	1.20	2.30
Bratpfeffer, extra stark	1.10	2.00
Bratpfeffer, stark	—	.85
Junge Wachsbrechbohnen	-.45	.85
Junge große Bohnen, fein	-.60	1.10
Große Bohnen, fein	—	.85
Junge Schnittbohnen	-.45	.80
Junge Schnittbohnen, I.	-.50	.95
Stampfgerölle	—	1.20
Stampfgerölle, I.	-.45	.85
Spinat	-.50	.95
Kirschen mit Stein	-.65	—
Kirschen mit Stein	-.75	—
Pflaumen mit Stein	-.55	1.00
Heidelbeeren	-.55	1.00
Erdbeeren	1.10	2.00
Birnen	—	.90
Apfelmus	—	.90

Konsumverein Vorwärts

Achtung!

Achtung!

Goldner Engel, Pirna

Neue Bewirtung!

Neue Bewirtung!

Der geehrten Einwohnerschaft von Pirna und Umgebung zur Kenntnis,
daß Unterzeichneter vom 15. Mai 1925 den

Goldner Engel (Bergrestaurant) Pirna

übernommen haben und bitten, uns in unserem Unternehmen gütig unter-
stützen zu wollen. Wir werden bestrebt sein, unseren werten Gästen nur
Gutes zu bieten.

Achtungsvoll

Max Besl und Frau

Lest kommunistische Literatur

SCHUHWAREN in bekannt erstkl. Ausführung

Damenhalbschnür-, Spangen-, Lack-
u. Schlüpfschuh 18.— bis 5.75 M

Herrenhalbschuh auf Rand erstkl. 12.50

Dieselben in braun z. T. Rahmen 11.50

Turnschuhe, Sandalen, Pantoffel, Reit-, Sport-, Schatzstiefel

alleräußerst billig!

Reparaturen aller Systeme! ☺ Leder im Ausschnitt!

Bei Bedarf bitte um Besichtigung ohne jeden Kaufzwang!

1715

Größtes u. bestbekanntes Schuhgeschäft der Umg.

Klemann's Schuh-Haus

Bahnhofstraße 23 Dr.-Kleinzsachowitz Bahnhofstraße 21

Die „Arbeiterstimme“ auf vier Wochen verboten!

Mitteilung an die Leser!

Auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik wurde heute vom Polizeipräsidium Dresden die „Arbeiterstimme“ auf vorläufig

4 Wochen verboten.

Als Grund des Verbotes wird angegeben, daß in der Nr. 31 vom 9. Mai erschienene Gedicht

„An Hindenburg“

des bekannten

Schriftstellers Johannes Becker.

Redaktion und Verlag
der „Arbeiterstimme“.

